

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

92 (21.4.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musfeste“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmöndlich 1.— M. mit 90 J. ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 J. Samstags 15 J. — Anzeigen: die einseitige Spaltenzeile 20 J.,
auswärts 25 J. Reklamen 80 J. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.
Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Krach und Korruption im Reichsblock

Sensationelle Enthüllungen aus dem Reichsblock — Die Großkapitalisten finanzieren die Hindenburg-Kandidatur — 500 000 Mark sollen in dieser Woche noch ausgegeben werden — Feststellung der Käuflichkeit der bürgerlichen Presse — Hindenburg deutschnationaler Parteikandidat — Schärfster Kampf der Deutschnationalen gegen Deutsche Volkspartei und Stresemann — Ein Papstaufruf gegen das Zentrum soll erlogen werden

Berlin, 21. April. (Eigener Funkdienst.) Wirklich — die Deutschnationalen haben Recht. Ihre eigenen Anhänger werden ihnen zum Unglück, weil sie die Korruptionswirtschaft ihrer Partei nicht mehr mit ansehen wollen. Vor wenigen Tagen wurde zum Beispiel der Betriebsrat des Herrn v. Löbel der Öffentlichkeit übergeben und gestern gelangte das für Freitag fingierte Attentat für Hindenburg zur allgemeinen Kenntnis. Außerdem wurde die unangenehme, aber unwiderstehliche Feststellung gemacht, daß Hindenburg infolge der einseitigen Anstrengungen vom Sonntag erkrankt ist — und heute? Ach, die Deutschnationalen haben Recht! Heute kann das „Berliner Tageblatt“ einen Bericht über die wesentlichen Vorgänge der gestern abgehaltenen deutschnationalen Vorstandssitzung veröffentlichen. Bevor wir auf diesen Bericht eingehen, möchten wir aus eigener Kenntnis der Dinge feststellen, daß diese Vorstandssitzung im Auftrag des Reichsministers Schiele durch einen gewissen Dr. Weiß vom Reichsblock einberufen und in Anbetracht dessen, daß der Reichsblock im Reichstag in unmittelbarer Nähe des deutschnationalen Fraktionszimmers seine Büroräume hat, im Landtag, Zimmer Nr. 8, abgehalten wurde.

Aus allen Vorbestellen waren Vertreter erschienen. Auf der Tagesordnung stand nur das Thema: Reichspräsidentenwahl. Die eingehende Erörterung dieser Frage hat der Vorstand der deutschnationalen Partei für erforderlich gehalten, weil der Reichsblock nach seinem Ermessen völlig verlastet. Das ergibt sich auch aus dem Bericht über die Verhandlungen. Wir bemerken ausdrücklich, daß dieser Bericht von einem Teilnehmer an der Konferenz, also einem deutschnationalen Vertrauensmann, stammt und unmittelbar nach der Tagung aufgrund einer Niederschrift während der Sitzung verfaßt wurde.

Die Verhandlungen wurden durch den deutschnationalen Minister des Innern, Schiele, eingeleitet. Er erklärte nach dem Bericht des Verhandlungsteilnehmers, der im wesentlichen in Stichworten verfaßt ist und nur die ganz wichtigen Partien der Sitzung wörtlich enthält, folgendes:

„Niederlage Hindenburgs vernichtend für uns.
Hindenburg-Film ist ausgezeichnet, leider nur in 50 Exemplaren. Bei der Indifferenz des Löbel-Ausschusses ist es schwer, eine schlagkräftige Propaganda zu entfalten.“

Deshalb hat die deutschnationale Partei die ganze Propaganda auf sich selbst genommen.

Sie muß bis in die letzte Minute getragen werden. 50 000 M. sind von der Augenberg-Seite gekommen. Der gleiche Betrag von dem Kreis um Dietrich (deutschnationalen Reichstagsabgeordneter, D. Neb.). Schiele fordert Genehmigung, um Kredit in Anspruch nehmen zu dürfen. Politische Lage noch vorliegenden Briefen durchaus unklar. Es muß versucht werden, in allen deutschen Kinos das Bild Hindenburgs zu bringen. Jedoch sind die letzten Hoffnungen jetzt Flugblätter, die überall den leuchtenden Namen Hindenburgs an erster Stelle tragen müssen. Bei einer Niederlage dürfte die letzte Hoffnung der Deutschnationalen zum mindesten in den nächsten 7 Jahren völlig vernichtet sein.

Dr. Weiß: Es sind noch 500 000 M. notwendig. Ich habe gefragt, ob ich 100 000 M. Schulden machen könne und habe von der Parteileitung ein „Nein“ zur Antwort erhalten. Ich habe sie trotzdem gemacht. (Wach!) Wir sind vollständig bis auf den letzten Pfennig ausgepumpt. 5-600 000 M. sind jedoch unbedingt notwendig für die Propaganda dieser Woche, bei der vor allem die Provinzpresse und zwar die kleineren Blätter zu berücksichtigen sind, die jetzt plötzlich ablehnen, unentgeltlich Wahlaufrufe zu bringen. Es gehen jetzt täglich 1100 Materen heraus. Bei meinen Inspektionen in den letzten Tagen habe ich überall Postautos mit Papphelmen (Reichsbanier) gesehen, die sehr geschickt Flugblätter verteilen. Unbedingt müssen wir dem Volke auch solche Flugblätter in die Hände spielen, ich brauche nur Geld dazu. Es genügt, wenn wir einen Kredit von 500 000 M. in Anspruch nehmen dürfen und das Geld im Laufe eines halben Jahres wieder zurückgeben.

Vertreter von Weis: Auf geschickte Flugblätter kommt es vor allen Dingen an. Wir müssen aber auch landesgemeine Flugblätter ausgeben.

Vertreter des Ostens: Wir haben alle Wahlkämpfer (lies: Wahlkämpfer) aus den Listen der ersten Wahl herausgenommen, diese werden am 28. 4. durch einen bereits organisierten Schlesienverein reiflos verwendet werden.

Leiter des Reichswahlblocks: Die Hilfe der anderen Parteien ist gleich Null. Die Differenz mit der Wirtschaftspartei ist behoben. Leider ist noch nicht ein Schuß der erforderlichen Mittel vorhanden. Am Donnerstag findet große Wahlveranstaltungen im Sportpalast statt. Tarras, sowie Wallraf haben

als Redner zugehört. In den Großstädten ist eine geschickte und umfassende Lichtreklame unbedingt notwendig. Sie wird in Berlin durchgeführt werden.

Vorsitzender: Leider hat Hindenburg gestern entschieden abgelehnt, nach Berlin zu kommen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das Alter Hindenburgs keine Rolle spielt, jedoch vor allem der auf der ganzen Welt geachtete Name eine bessere Zukunft verheißt. Vor allem ist es auch notwendig, sich an die Katholiken zu wenden, wobei zu hoffen ist, daß die in Aussicht stehende Kundgebung des Papstes gegen die Verbindung des Zentrums mit der Sozialdemokratie noch rechtzeitig kommt. Diese Hoffnung ist nach verschiedenen Zeichen der letzten Tage erloschen. Nachdem wir uns jedoch mit der deutschen Wirtschaftspartei gegen eine gewisse Person (Stresemann) verbunden haben, ist die Auswirkung dieses nunmehr vollzogenen Zusammenschlusses für den 2. Wahlgang gegeben.

Schlange-Schöniger: Wir sind zu schlapp. Zu sehr durchsteht bereits von demokratischer Entwicklung.

Entweder wir sagen, oder wir hegen uns unter das faulbinische Joch Stresemanns.

Auch ich befenne folgendes:
Der Reichsblock ist ein entsetzliches Konglomerat.

In vielen Landesteilen ist der Einfluß der Deutschen Volkspartei katastrophal. Wir haben die Führung im Reichsblock und wir werden sie behalten. Die Deutsche Volkspartei ist gezwungen, mit uns zusammen zu arbeiten, weil sie ihre Niederlage im Loebellauschuss einseht.

Vorsitzender: Ich freue mich über das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei und darüber, daß wir die Führung an uns gerissen haben. Wir werden sie auf jeden Fall behalten.

Vertreter von Berlin: Auf die Bayerische Volkspartei ist auf keinen Fall zu zählen. Sie agitiert deutlich für Marx. Der Einfluß Hilfers auf gewisse Teile der Arbeiterchaft ist nicht zu unterschätzen. Er muß unbedingt zu Versammlungen in die Industriestädte gebracht werden, so etwa nach Chemnitz. Die Parteileitung muß sich sofort mit ihm in Verbindung setzen.

Frau Lehmann-Rheinland-Westfalen: In den letzten Tagen müssen Flugblätter durch die Türspalten geschickt werden, die sich vor allem an die Frauen wenden. Diese Zeitel müssen enthalten, daß gerade Hindenburg den Sieg bringt, jedoch Marx durch seine Verbindung mit dem Völkerverbund der Krieg.

Vertreter von Weiser-Ems: Unsere Presse ist nur noch gegen Geld zu haben, so unanlaßlich es klingt. So haben Blätter der Deutschen Volkspartei Aufrufe für Hindenburg abgelehnt, falls sie nicht bezahlt würden. Die Flugblätter, die jetzt am Freitag und Samstag zur Verteilung kommen müssen, dürfen nur so kurz wie möglich sein, da das Volk lange Flugblätter nicht liest. Da die Gegenseite mit allen Mitteln kämpft, so brauchen wir vor Gemeinheiten nicht zurückzufreden.

Wir haben es reiflos satt, Herrn Stresemann auch nur einen Schritt noch zu lassen. Leider haben wir kein Geld, da der Reichsblock uns das ganze Geld wegenommen hat. (Mitteltöne Zustimmung.) Die Bearbeitung der Presse ist jetzt die Hauptsache. Die päpstliche Kundgebung muß auf jeden Fall herbeigeführt werden. In Osnabrück hat sich der Hypothekengläubigerverband gegen Hindenburg erklärt und öffentlich für das Zentrum ausgesprochen.

D. Weiß: Seit vier Tagen gehen täglich Pakete mit Materen heraus. Die Bezahlung ist allerdings sehr fraglich. Ebenso Flugblattentwürfe, da für den Druck und Versand von Berlin aus keine Zeit mehr ist. 1100 Zeitungen bekommen schon seit einer Woche die Materen unentgeltlich. Wir haben auch Flugblätter herausgegeben, die nicht von uns stammen und für die Arbeiterchaft bestimmt sind (Sehr gut!). In zwei Stunden findet sich bei mir ein Zeichner ein, der folgendes Flugblatt heute und morgen bearbeitet wird.

Am Kopf der Abbildung von Hindenburg und Marx. Marx mit einem kleinen Hüthen und Wasserlopf. Darunter die Frage: Wollt Ihr Hindenburg oder diesen Marx wählen? Das Flugblatt geht am Donnerstag bereits an die Landesverbände gleichseitig auch als große und kleine Materen an die Zeitungen.

Vertreter von Forst (Neubaus) sagt finanzielle Unterstützung zu, weiß jedoch nicht, wohin er zahlen soll. Hat in den letzten drei Tagen 5 Schreiben erhalten, von denen jedes eine andere Zahlstelle ansah.

Vorsitzender und Dr. Weiß erklären darauf, daß Zahlungen lediglich an die Deutschnationale Volkspartei zu leisten sind. Für die erste Wahl seien 410 000 M. bezahlt worden, während 200 000 M. noch zu entrichten sind. Eine Druckerei hat sich nach den Aussagen des Vorsitzenden geweigert, die Flugblätter des Reichsblocks nochmals zu drucken, da sie bis heute noch nicht im Besitze des ihr aus dem ersten Wahlgang zustehenden Geldes gelangt ist.

Partels (Mitteldeutschland): Sehr auf sind die Hindenburg-Vorkarten, die wir gegenwärtig in 300 000 Exemplaren auf den Dörfern verteilen lassen.

Es folgen dann noch einige andere Redner, über deren Ausführungen der Vertrauensmann des „Berliner Tageblattes“ infolge Abwesenheit nicht berichtet. Er gibt jedoch von dem Schlußwort des Vorsitzenden wieder Kenntnis, der vor allen Dingen feststellt, daß der Reichsblock nach der Wahl so schnell wie möglich zu verschwinden hat.

Der Bericht des deutschnationalen Vertrauensmanns und Teilnehmers an der Vorstandssitzung der deutschnationalen Partei ist so substantiiert, daß seine Ausführungen nicht als Lügen hingestellt werden können. Der Bericht kennzeichnet vor allen Dingen die Größe der im Reichsblock vorherrschenden Uneinigkeit. Ein Teil der Deutschnationalen macht im Reichsblock überhaupt nicht mehr mit, sondern sieht neben der Wahlpropaganda für Hindenburg seine Hauptaufgabe in dem Kampf gegen die Deutsche Volkspartei und Stresemann. Dieser Herr ist übrigens in der geistigen deutschnationalen Vorstandssitzung wiederholt Gegenstand heftiger Angriffe gewesen, ohne daß sein Ministerkollege Schiele auch nur irgendwie Veranlassung genommen hätte, die Vorwürfe richtig zu stellen oder zurückzumeinen. Außerdem ist aus dem Bericht über die deutschnationale Vorstandssitzung zu ersehen, daß die deutschnationale Partei im Verlaufe dieser Woche noch alle Kräfte aufbieten wird, um mit allen Mitteln den Wahlkampf zu führen. Größere und kleinere Zeitungen sollen Geld erhalten und sich dafür in den Dienst der Deutschnationalen stellen. So etwas ist natürlich nur im Lager der gegen die Korruption kämpfenden Rechtsparteien möglich. Ferner besteht die Absicht, einen Papstbrief gegen das Zentrum zu erlösen und mit ihm in den letzten zwei Tagen vor der Wahl in den katholischen Gegenden hausieren zu gehen. Vor allem ist hierbei auch an eine Dorfpropaganda gedacht, die teilweise bereits von den Deutschnationalen systematisch durchgeführt wird.

Die Wahlkosten bestreiten sie zwar nicht, aber es wird in der Hoffnung darauf losgehumpelt, daß Hindenburg in der Wilhelmstrasse einzieht. Es scheint aber mehr als fraglich, ob J. W. die Kandidatur sich in der Erkenntnis, daß sie schließlich kein Geld bekommen, in den Dienst der Hindenburg-Propaganda stellen werden. Die Angabe in der deutschnationalen Vorstandssitzung, daß eine Druckerei sich geweigert hat, auch im zweiten Wahlgang Flugblätter des Reichsblocks zu drucken, weil sie bis auf den heutigen Tag immer noch auf die Bezahlung ihrer Druckkosten aus dem ersten Wahlgang wartet, wird abschreckend wirken.

Aber wie dem auch ist. Aus dem Verlauf der deutschnationalen Vorstandssitzung ist ersichtlich, daß die Urheber der Kandidatur Hindenburg im letzten Augenblick noch mit allen Mitteln arbeiten. Kinos und Lichtreklame, was es überhaupt gibt, soll in den Dienst ihrer Sache — auf Rump — gestellt werden.

Ihre Pläne sind durch die frühzeitige Veröffentlichung mindestens um 50 Proz. in ihrer Wirkung geschwächt, vorausgesetzt, daß die Deutschnationalen jetzt nicht ihre Propagandapläne umwerfen. Aber dazu scheint es jetzt zu spät. In den nächsten Tagen dürfte also Gemeinheit auf Gemeinheit von den Rechtsparteien in Wort und Schrift gegen die Parteien des Volksblocks losgelassen werden. Man wird in der großen und kleinen Presse Marx mit dem Wasserlopf vorfinden und vor allem werden Flugblätter ausgegeben werden, die sich an die Arbeiterchaft wenden, aber von Süßlingen der Industrie bezahlt und geschrieben werden. Es ist Pflicht jedes Genossen, immer und immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Vor allem muß darauf verwiesen werden, daß die Deutschnationalen bereits ein Flugblatt vorbereitet, das in den beiden letzten Tagen im ganzen Reich an die Arbeiterchaft verteilt werden soll und in dem die Arbeitnehmer mit der gefälschten Unterschrift der sozialdemokratischen Partei aufgefordert werden, infolge eines plötzlichen Zerwürfnisses im Volksblock jetzt nicht mehr Marx, sondern Otto Braun zu wählen.

Arbeitnehmer! Fallt auf diesen Schwindel nicht herein. Sagt überall und bei jeder Gelegenheit mit welchen Mitteln die Deutschnationalen in den letzten Tagen zu arbeiten gedenken. Gemeinheit und Lüge ist bei ihnen Trumpf. So glauben sie es zu schaffen. Ihnen zum Trost ist unsere Parole nun gerade: Wilhelm Marx!

Warum Marx?

Muß diese Frage überhaupt noch erörtert werden? Nach dem glänzenden Erfolg des sozialdemokratischen Kandidaten am 29. März gehört gewiß für jeden, der nicht nur Republikaner, sondern auch Sozialist und Gewerkschafter ist, keine geringe Überwindung und ein festes Gefühl für tatsächliche Notwendigkeiten dazu, um sich im Endkampf für einen bürgerlichen Republikaner entscheiden zu können.

Die Kandidatur Hindenburg hat mit einem Schlag alle Nebel der Bedenklichkeit verjagt. Nicht mehr um Braun oder Marx geht der Kampf, sondern gegen Hindenburg, gegen die Monarchie, gegen die schwärzeste Reaktion schlechthin. Hindenburg kann auch dem begriffstüchsigsten Wähler kein psychologisches Rätsel sein. Wie immer man zu dem alten Mann stehen mag, sein Charakterbild ist völlig eindeutig: Ribbelungstreuer Monarchist, heute, wie Zeit seines Lebens unerklärlich, devot und absolut seinem „kaiserlichen Herrn“ ergeben. Die lebendige und reinste Verkörperung jener Bergangenheit, in der Obrigkeit absolut herrschen, Volk bedingungslos gehorchen bedeutete. Nur kommandierender Soldat und nach eigenem, sympathischen Bekenntnis unschuldig in allen Dingen der Politik. Volkswirtschaftliche Erkenntnis der Weltzusammenhänge, soweit sie aus dem Erzerzierreglement und militärischen Lehrbüchern zu erlernen ist. Soziales Verständnis von der Art des Regimentskommandeurs der herrschenden alten Zeit, der in väterlicher Sorge um das Wohl „seiner Leute“ die Mannschafstube betrat: „Stramm stehen die Kerls! Brust raus! Anzug sauber! Einzeln vortreten, wer ein Anliegen hat!“ In diesem Kopf kann sich kein anderes Staatsideal vorfinden als das Abbild des alten preußischen Kaiserhofes. Republik — Untergang der Sonne. Demokratie — abgehültes Teufelswerk. Selbstbestimmungsrecht des Volkes — Chaos und Untergang der Welt.

Dieser Hindenburg soll Reichspräsident werden? Die für diese Rolle den Achtundsechzigjährigen aus seinem dem Kult der Bergangenheit gewidmeten Dasein hervorgehoben haben, mögen das ihm und ihrem eigenen Gewissen gegenüber verantworten. Die angekündigte deutsche Arbeiterkammer sieht nicht ohne Mitleid den alten General den Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen tun. Im übrigen ist ihr die Person gleichgültig. Der unpolitische Greis wird niemals Führer der deutschen Staatspolitik werden. Am allerwenigsten dann, wenn ein grausames Schicksal ihn wirklich auf den Präsidentenstuhl setzen würde. Aber das ist keine Abschwächung, sondern erst die eigentliche Gefahr der Kandidatur Hindenburg. Nicht der Mensch, sondern das System Hindenburg ist gefährlich. System Hindenburg bedeutet, daß die Hintermänner dieser Kandidatur restlos die Geschäfte des Reichspräsidenten besorgen. System Hindenburg heißt, von der höchsten Stelle des Reiches aus die Vorbereitung der Monarchie und des Revanchekrieges, die Restaurierung des obrigkeitlichen Staatssystems und die Vernichtung demokratischer Volksrechte betreiben.

Nicht nur um die Staatsform geht es. Dahinter stehen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen. System Hindenburg heißt die staatliche Förderung aller sozialen Reaktionen, aller Bestrebungen auf Ausschaltung der Arbeiter in der Wirtschaftsführung, der Militarisierung der Wirtschaft nach der Formel: Vorgesetzte und Untergebene, Herren und Knechte. Für die sozialen Kämpfe bedeutet das System Hindenburg das offene Einschwenken der Staatsmacht in die Unternehmerrfront. Hier ist der Punkt, wo es in erster Linie die Gewerkschafter angeht.

Die Gewerkschafter stehen mitten in einer großen Kampfbewegung um erträgliche Arbeitsbedingungen. Von der finanziellen und organisatorischen Schwächung durch die Inflationswirkungen haben sie sich schon wieder kräftig erholt. Das Unternehmertum, das seit der Wiederkehr der stabilen Währung rücksichtslos für die Stabilisierung des niedrigen Lohnniveaus und für die Verlängerung der Arbeitszeit kämpft, sieht mit Ungestimm das Wachsen der gewerkschaftlichen Kräfte. Wenn es könnte, würde es seinen Augenblick zögern, ebenso das Streikverbot wie den Zehnstundentag gesetzlich festzulegen. Ihr Mann und ihre Hoffnung ist Hindenburg. Sie scheuen keine Geldopfer, um seinen Sieg, der ihr Sieg wäre, herbeizuführen.

So ist die Situation vollkommen klar: Am Hindenburg scharren sich die grimmigsten Feinde der Arbeiterklasse und ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele. Sie vernichten und zu schlagen, ist das selbstverständliche Gebot des 26. April. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat zahlreiche Aufgaben und weitgesteckte Ziele, die nicht an einem Tage verwirklicht werden können. Die nurdemokratische Republik ist noch weit entfernt von unferm Ideale einer sozialistischen Republik. Aber, wie sollten wir dieses Ziel erreichen können, wenn es uns nicht einmal gelänge, die Wiedereinführung des monarchistischen Obrigkeitstaates zu verhindern? Wer von halber Höhe zum Gipfel will, wird nie dorthin kommen, wenn er sich in den Sumpf der Niedrigung zurückwerfen läßt. Darum müssen und werden die deutschen Arbeiter am 26. April Wilhelm Marx wählen, den Kandidaten der Republik!

Deutschlands Niederlage

Hindenburgs Verantwortlichkeit

Es steht längst fest, daß der Verlust des Weltkrieges die Schuld der deutschen Obersten Seeresleitung ist. Als die für die deutsche Niederlage verantwortliche militärische Persönlichkeit wird nicht immer nur General Ludendorff genannt. Dabei war nicht er, sondern Generalquartiermeister Ludendorff die Verantwortung zu tragen hatte und auch tatsächlich stets

getragen hat. Deshalb ist auch Hindenburg an Deutschlands Niederlage in dem gleichen Maße schuldig wie Ludendorff!

Als Hindenburg 1914 zum Führer der Ostarmee ernannt wurde, befand er sich bereits drei Jahre im Ruhestand. Dem damals 67jährigen Armeeführer wurde als Generalstabschef der damals 40jährige, also im kräftigsten Mannesalter stehende General Ludendorff zugewiesen. Der Altersunterschied der beiden ist der Schlüssel zum Verständnis der Aktivität des Jüngeren und der „Passivität“ des Älteren in dieser „Ebe“. Die Schlacht bei Tannenberg und die weiteren Operationen im Osten wurden für sie das Sprungbrett in die Oberste Seeresleitung. Sie wurden als Halbbrüder verknüpft, Kritik an ihrer Unfehlbarkeit war schlimmer als Missetatsbeleidigung. Ihr Selbstbewußtsein entwickelte sich zum Größenwahn, ihre Stellung zur Diktatur über Kanzler und Kaiser. Dabei waren sie selber in völlige geistige und politische Abhängigkeit geraten von den alldeutschen Anreizungsministern und den Kreisen der Schwerindustrie.

Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg war den Alldeutschen und den Schwerindustriellen zu schimpf. Sie rückten sich hinter die militärischen Halbbrüder Hindenburg und Ludendorff. Diese reichten ein gemeinsames Abschiedsgesuch ein und stellten dem Kaiser die Alternative: „Bethmann oder wir!“ Als sie so den Kanzler gestürzt hatten, war Ludendorff, wie er in seinen Erinnerungen selbst erzählt, ganz erstaunt, daß nicht jederzeit ein Nachfolger für den Reichskanzler seitens der entscheidenden Instanzen bereit gehalten wurde, eine geradezu trottelhafte Vorstellung, die nur in einem Kadettenegehirn entstehen konnte. So wurde in der eingetretenen Verlegenheit der Gesundheitsminister Reichskanzler. Hindenburg wurde bei der Befestigung Bethmanns nicht nur von Ludendorff vorgeschoben, er trat vielmehr selbst gegen den ersten Reichskanzler in Aktion. Er ist deshalb voll mit verantwortlich für die Folgen dieses Kanzlerwechsels. Hindenburg hat auch eine von dem fanatisch alldeutsch-anreizungstüchtigen Obersten Bauer, einem der bösen Geister der Obersten Seeresleitung, verfaßte Denkschrift an den neugewählten Kanzler Michaelis persönlich aeseignet. In ihr wurden der Reichsregierung die Richtlinien ihrer Politik befohlen.

Hindenburg ist also bewußt als Diktator aufgetreten. Bekannt ist, daß nicht nur Ludendorff, sondern auch Hindenburg zu Beginn des Jahres 1917 gegen den widerstrebenden Bethmann und den ebenfalls vergeblich abmahmenden Selbstreich beim Kaiser den uneingeschränkten U-Bootkrieg durchsetzten, den verhängnisvollsten Beschluß des ganzen Krieges.

In völliger Blindheit für die weltlichen Verhältnisse und in einer ungläublichen Weltfremde jagten Hindenburg und Ludendorff unter dem Einfluß der Alldeutschen und der Schwerindustrie dem Phantom des Siegerfriedens nach und verlorsten das Streben nach einem Verständigungsfrieden als Landesverrat. Als um die Jahreswende 1917/18 der Außenminister Herr v. Kühlmann im Einvernehmen mit dem Reichskanzler Grafen Hertling und mit dem Kaiser in West-Litauen der russischen Friedensformel „ohne Annexionen und Kontraktionen“ ausgemittelt hatte, tobten Hindenburg und Ludendorff und verlangten in Denkschriften an den Kaiser und den Reichskanzler, daß „den Russen gegenüber die Sprache des Siegers gesprochen“ werde. In der Denkschrift an den Kanzler heißt es gar: „... daß nicht General Ludendorff allein, sondern in erster Linie ich meinen Rücktritt in Erwägung ziehen muß.“

So trachten Hindenburg und Ludendorff vor Kanzler und Kaiser mit dem Revolver ihres Rücktritts. So drohten sie wieder mit dem „General“-Streik! Durch ihre Rücktrittsdrohungen erzwangen sie damals die Entlassung des kaiserlichen Kabinettschefs v. Valentini und isolierten dadurch den Kaiser völlig. Am 26. Juni 1918 erzwangen sie auch den Rücktritt Kühlmanns, weil er es gewagt hatte, auszusprechen, daß das Schwert allein den Frieden nicht bringen werde. Rücktrittslosiger Terror gegen Bernhart und Bogit kennzeichneten Hindenburgs und Ludendorffs Kriegspolitik!

Nach bis im Juli 1918 (!) haben Hindenburg und Ludendorff an ihrer Annexionspolitik festgehalten. Nach der Friedensresolution vom Juli 1917 haben sie alles daran gesetzt, den Eroberungspolitikern der Vaterlandspartei wieder Oberwasser zu verschaffen. Am 14. September 1917 richtete Ludendorff eine umfanreiche Annexions-Denkschrift an den Reichskanzler, und Generalstabsmarschall v. Hindenburg bemerkt in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 15. September 1917 ausdrücklich: „Die Denkschrift deckt sich mit meiner eigenen Auffassung vollständig.“ Bis zum Schluß, bis alles verloren war, hat Hindenburg an Ludendorff festgehalten und dessen Kriegspolitik beibehalten und mitgemacht. Er trägt deshalb auch mit Ludendorff die volle Verantwortung für das Ende dieser Politik, den militärischen Zusammenbruch und die katastrophalen Folgen.

Jetzt hat Hindenburg sich von denselben Kreisen, deren Werkzeug er und Ludendorff im Ariene waren, als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten aufstellen lassen. Wer eine neue Katastrophe Deutschlands verhindern will, wer das für, das Hindenburg am 26. April daselbe Schicksal ereilt, das die Wähler im ersten Wahlgang seinem „Che“-Genossen Ludendorff bereitet haben!

Hindenburgs „Größe“ als kleiner Knabe Paul

Was die schwarz-weiß-rote Reaktionspresse ihren Lesern zu bieten wagt, um sie für die Kandidatur Hindenburg zu gewinnen, dafür liefert die deutsch-nationale „Süddeutsche Zeitung“ täglich Belege. Weil ihr und der reaktionären Presse der Stoff zur Lobhudelei Hindenburgs schon nach wenigen Tagen seiner atemberaubenden Weisheit wegen ausgegangen ist, fesselt das Blatt nun diese herrliche Hindenburg-Anekdote:

„Als eine der hervorsteckendsten Charaktereigenschaften entwickelte sich in dem heranwachsenden Knaben eine ungewöhnliche Güte und Freude am Schenken. Als er und seine beiden jüngeren Geschwister in Wogau, wo der Vater damals in Garnison stand, ihren Jahrmärktsgroschen bekamen, der Silbergroßchen hatte zwölf Pfennige, kaufte Paul für sich nichts; aber er kaufte für seine Großmutter für sechs Pfennige Pommeranzschale, die sie gern aß, für seinen Bruder zwei Schokoladestangen für drei Pfennige, und für seine kleine Schwester einen Gummiball, auch für drei Pfennige, kam strahlend nach Hause und teilte seine Geschenke aus.“

Wenn nun am 26. April die Pommeranzschale, die Schokoladestangen und der Gummiball nicht „sich“, dann ist eben Hindenburg verloren. Denn noch größere Taten sind auch beim allerbesten Willen nicht zu erdenken.

Kann ein überzeugter Protestant Marx wählen?

Diese Frage stellt und beantwortet sie auch zugleich Herr Dietrich Graue, Pfarrer an der Marienkirche zu Berlin, im „Berliner Tageblatt“. Nachdem Herr Graue dargelegt hat, daß die Monarchie zur geistlichen Unmöglichkeit geworden ist und daß der ehemalige Kulturpolitiker Marx sich zu einem angesehenen Staatspolitiker entwickelt habe, sagt er, der evangelische Geistliche, der evangelischen Kirche u. a. diese bitteren Wahrheiten:

„Die evangelische Kirche wäre in Deutschland nie zu erschüttern, wenn sie sich zu der rein demokratischen Einstellung des Christentums zurückfände. Jesus hat über die Monarchie verächtlich geurteilt. Seinen Landesfürsten Herodes Antipas hat er (Lukas 13, 32) einen Fuchs genannt. Mit Absicht hat er von den Händlingen gesagt: Die da weide Kleider (Matthäus 11, 8). Dem Herr Graue dargelegt hat, daß die Monarchie zur geistlichen Unmöglichkeit geworden ist und daß der ehemalige Kulturpolitiker Marx sich zu einem angesehenen Staatspolitiker entwickelt habe, sagt er, der evangelische Geistliche, der evangelischen Kirche u. a. diese bitteren Wahrheiten:

„Die evangelische Kirche wäre in Deutschland nie zu erschüttern, wenn sie sich zu der rein demokratischen Einstellung des Christentums zurückfände. Jesus hat über die Monarchie verächtlich geurteilt. Seinen Landesfürsten Herodes Antipas hat er (Lukas 13, 32) einen Fuchs genannt. Mit Absicht hat er von den Händlingen gesagt: Die da weide Kleider (Matthäus 11, 8). Dem Herr Graue dargelegt hat, daß die Monarchie zur geistlichen Unmöglichkeit geworden ist und daß der ehemalige Kulturpolitiker Marx sich zu einem angesehenen Staatspolitiker entwickelt habe, sagt er, der evangelische Geistliche, der evangelischen Kirche u. a. diese bitteren Wahrheiten:

Hindenburgs Kandidatur ein Unglück erster Güte

Wie man Ausland urteilt

In einem Leitartikel des „Daily Express“, der mit dem Titel versehen ist: „Hindenburg sollte seine Kandidatur zurückziehen“ heißt es u. a.: „Mit Hilfe einer allseitigen Klotzei der England praktisch die gesamte auf Europa anfallende „Portion“ unterworfen hat konnte Deutschland sein Finanzchaos zur Stabilität aufrufen. Im Laufe von sieben Jahren ist aus dem verhöfsten und geschändeten „Gummen“ der größte deutsche Industrielle geworden. Kreditnachfrage ist an die Stelle des Pulverdampfes getreten und wo einst ein autokratischer Kaiser saß, da ist jetzt ein Staatsbürger Präsident.“

Es möchte aber nunmehr scheinen, als hätte sich Deutschland schneller erholt, als es für seinen Seelenzustand gut war. Die Tatsache, daß eine Reichsarmee fünf Franken wert ist, scheint auf die Seele der Deutschen den besten Effekt auszuüben, wie die alten Potsdamer Truppenparaden. Es besteht eine erste Gefahr, daß Deutschland, das die Feuerprobe des Zusammenbruchs überstanden hat, anlässlich der Befreiung seiner finanziellen Lage seine Bestimmung verliert. Was man in Deutschland nicht zu erkennen scheint, ist die Tatsache, daß die Wahl Hindenburgs einer Wahl des Marschalls Hoops zum französischen Präsidenten entsprechen würde. Es geht außerhalb Deutschlands niemand an, ob oder daß Hindenburg sich seit dem Kriegsende lokal den Namen hat. Wären seine Gefühle so vornehm sein wie die Adams von Lincoln, seine Wahl zum deutschen Präsidenten wäre doch ein Unglück (Disaster) erster Güte. Er personifiziert den Geist des früheren Deutschlands, den Geist des raschen Abfalls und des hinterlistigen Interesselosigkeits. Es kommt nicht darauf an, ob Hindenburg die Erinnerung an diese Dinge befragt. Was er darstellt, ist für die Welt mächtiger als was immer er heute sein möge. Selbst eine Niederlage Hindenburgs in der Wahl — es sei denn, sie wäre geradezu überwältigend — kann die üblen Folgen seiner Nennung nicht wieder gut machen. Hindenburg sollte seine Kandidatur zurückziehen. Wenn er wirklich seinem Land einen Dienst erweisen will, so könnte er nichts Besseres tun, als sich zurückziehen. Der Sieger von Tannenberg könnte ein Volk unter den heutigen Umständen nur zu einem politischen Sedan führen. Wenn psychologische Einstellung des deutschen Volkes heute nicht ebenso blind ist wie während des Krieges, so wird die Kandidatur Hindenburgs zurückgezogen und mit samt allen Maßstäben der Bergangenheit begraben werden müssen.

Lieber Fürstengunst als Volksgunst

Nach der Befreiung Ostpreußens erhielt Hindenburg aus der oft- und westpreußischen Bevölkerung Zeichen dankbarer Verehrungen. In den Erinnerungen von Tirpitz heißt es darüber:

„Es ist rührend anzusehen, wie das Volk ihn hier auf Händen trägt, jung und alt, Greise und Mütterchen, geschweige denn die Jugend machen Front, wo er sich nur blicken läßt. Er kann sich gar nicht bergen vor Blumen.“

Als Hindenburg auf die Kundgebungen der Bevölkerung hingewiesen wurde, sagte er:

„Ja, die Leute sind rührend, aber ich würde gern darauf verzichten, wenn mein kaiserlicher Herr mich weniger distanzierete.“

Um einen gnädigen Blick, einen Händedruck von Wilhelm II. hätte Hindenburg die dankbare Verehrung eines Volkes hingeben! Lieber Fürstengunst als Volksgunst!

Der Mann der Fürstengunst kann nicht Präsident der deutschen Republik werden.

Wählt Wilhelm Marx!

Dr. Wirth im Wahlkampfe

Es wird berichtet: Herr Reichskanzler a. D. Dr. Wirth sprach am 15. des Mts. in Bellingen, am 16. in Offenburg und am 17. in Heilbronn i. Schw.

Am 18. wird er in Mainz, am 19. in Gießen, am 20. in Chemnitz, am 21. in Leipzig, am 22. in Mannheim, am 23. in Hamburg, am 24. in Kiel und am 26. im Sperrdal in Berlin sprechen.

Republikaner, in Massen heraus!

Der Kandidat des Volksblocks, Herr Reichstagsler a. D. Dr. Marx, spricht morgen abend hier in Karlsruhe.
 In vorbildlichem Eifer und Pflichterfüllung ist Herr Dr. Marx im Wahlkampfe tätig. Sowohl in der Ostmark, wie in Pommern, in Berlin, in Sachsen und in Mitteldeutschland hat er eine glänzende Aufnahme gefunden.
 In der Hauptstadt des demokratischen Baden soll das erst recht der Fall sein.
 Die Versammlungen morgen abend müssen sich zu einer gewaltigen

republikanischen Kundgebung

gestalten. Außer dem Kandidaten des Volksblocks werden sprechen:

**Staatspräsident Dr. Heppach,
 Reichstagsabgeordneter Schöpfkin,
 Landtagspräsident Dr. Baumgartner.**

Es geht um Deutschlands Schicksal. Verliert die deutsche Reaktion diese Schlacht, so hat sie überhaupt verloren. Sie weiß, Hindenburgs Niederlage ist für sie ein tödlicher Schlag.
 Auf! Führen wir diesen Schlag! Die Kräfte der Staatszerstörung und der Reaktion müssen endlich zum Wohle des deutschen Volkes niedergedrungen werden.

Republikaner, erscheint in Massen!

Dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche gilt die Pflichterfüllung!

General v. Deimling gegen Hindenburg

General v. Deimling beantwortet die Frage: Marx oder Hindenburg im „Berliner Tageblatt“ u. a. wie folgt:
 „Feldmarschall Hindenburgs Aufruf an die Wähler beginnt mit den Worten: „Vaterländisch gesinnte Deutsche aller Gauen und Stämme haben mir das höchste Amt im Reiche angetragen.“

Ja, mit Verlaub — sind denn diejenigen Deutschen, die dem Gegenkandidaten Marx das höchste Amt antragen, nicht auch vaterländisch gesinnt?

Und weiter heißt es im Aufruf: „Ich reiße jedem Deutschen die Hand, der national denkt.“
 Nun, was die Kreise um Hindenburg unter „national“ und „vaterländisch“ verstehen, das wissen wir zur Genüge. In ihren Augen ist national und vaterländisch nur, wer Monarchie ist bis auf die Knochen und wer den Revanchekrieg will. Wer aber für die Republik eintritt und der Völkerverständigung, der ist undeutsch, ist ein schlapper Pazifist und ein vaterlandsloser Geselle, der verlegt und in Acht und Bann setzen werden muß. Wie wir das an Tausenden von Beispielen erlebt haben. So bildet a. B. der die Kriegervereine umfassende Koffhäuserbund, der sich der hohen Protektion des Feldmarschalls Hindenburg erfreut, seinen Reichsbannermann in seinen Reihen und der Deutsche Offiziersbund, dem gleichfalls Hindenburg nahesteht, wirkt rücksichtslos alle hinaus, die sich für die Republik und den Völkerverbund einsehen. Eine unläugbare Vergiftung unseres politischen Lebens geht von diesen reaktionären Verbänden aus, die losse es, was es wolle, wieder in Besitz der Macht kommen wollen. Ihre Unabuljamkeit und ihr Haß sind die Sauquell des ungesunden Zwiepaltes der deutschen Nation.

Und nun will Hindenburg, wenn er Reichspräsident wird, nicht allen Deutschen die Hand reichen, sondern nur denen, die er und seine Kreise für „national“ halten.

Wie anders Marx! Für Marx gibt es keine „vaterländisch gesinnten“ Deutschen. Er will allen Deutschen die Hand reichen.

Kein einsichtiger Deutscher wird daher — ganz abgesehen von den schwersten außenpolitischen Folgen einer Präsidentschaft Hindenburgs — darüber im Zweifel sein, daß er seine Stimme dem Volkskandidaten Marx geben muß.

Die bayerische Volkspartei und Hindenburg

Offiziell ist die Bayerische Volkspartei für Hindenburg, aber unter den Mitgliedern gärt es dieserhalb sehr stark. Eine Vertrauensmännerversammlung des Bezirks Unterfranken faßte u. a. folgenden Beschluß:

„Der Landesausführer der Bayer. Volkspartei“ hat beschloffen, den Eintritt für die Kandidatur Hindenburg zu empfehlen. Ein sehr großer Teil der Parteimitglieder im westlichen Unterfranken erklärt: „Unser Gewissen verbietet uns den Eintritt für die Kandidatur Hindenburg aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen. Er hat selbst erklärt, kein Politiker zu sein, würde deshalb als Präsident die vorerwähnte Pflicht für unsichere und unverantwortliche Katastrophe werden. Aus Rücksicht dieser Stimmung in weiten Kreisen unserer Parteifreunde lehnt die Vertrauensmännerversammlung für die Kandidatur Hindenburg ab und hält Freigabe der Abstimmung für das richtige.“

Die Rechnung auf die Stimmen der Bayer. Volkspartei dürfte somit am nächsten Sonntag immerhin ein beträchtliches Loch bekommen.

Auslandskredite und Hindenburgkandidatur

Unser Kölner Parteiorgan berichtet:
 „Seit einiger Zeit steht die Stadt Köln mit einem Konsortium amerikanischer Finanzleute in Verhandlungen wegen einer Anleihe, die für wichtige Aufgaben der Entwicklung in der Stadt Köln unbedingt erforderlich ist. Bis in die vorige Woche liefen die Verhandlungen zufriedenstellend. Die Kandidatur Hindenburg, die in der ganzen Welt das Vertrauen in die ruhige Entwicklung Deutschlands und die Stabilität unserer Währung erschüttert, hat auch die Anleiheverhandlungen ins Stocken und in die unmittlere Gefahr des Scheiterns gebracht. Abgetretene amerikanischer Finanzleute nach Köln lassen über den Ernst der Lage und über die Ursache keinen Zweifel. Die Kandidatur Hindenburg ist jetzt schon eine schwere Schädigung für die Stadt Köln. Das Blatt erklärt zum Schluß, daß es sich um reine Tatsachen handle.“

Ein Einspruch Preußens in der Schulfrage

Am Reichsrat wurde der Antrag Preußens, gegen das vom Reichstag verabschiedete Gesetz über den Lehrgang der Grundschule, wonach besonders leistungsfähige Schüler schon nach drei

Jahren von der Grundschule in die mittlere und höhere Schule aufgenommen werden können, Einspruch zu erheben, mit 43 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Gegen den preussischen Einspruch sprachen der bayerische Gesandte und der Vertreter Württemberg. Gegen den Antrag der preussischen Staatsregierung stimmten auch Vertreter mehrerer preussischer Provinzen, so von Ostpreußen, Pommern, Ober- und Niederpreußen, Hannover, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz. Dafür stimmten außer den Vertretern der übrigen Provinzen die Vertreter von Hamburg, Anhalt, Lippe und Waldeck.

Wie die kleinen Sparer belogen und betrogen werden

Durch die Telegrammunion, die bekanntlich im Dienste der deutschen Schwerindustrie und damit auch der rücksichtslosesten Reaktion steht, läßt der Landesverband Baden des Hypothekendarlehn- und Sparerklubverbandes eine Erklärung für die Kandidatur Hindenburg und gegen Marx verbreiten. Am 18. April, auf einer „Versammlung der Ortsgruppen“ soll ein solcher Beschluß gefaßt worden sein.

Die armen kleinen Sparer, sie werden fortgesetzt in der schlimmsten Weise betrogen. Erst haben sie den Volksparteilern und Deutschnationalen und deren infam verlogenen Versprechungen geglaubt. Resultat: sie sind betrogen worden. Dann glaubten sie wieder Versprechungen der Bürgerblockregierung, aber diesmal mit dem Resultat, daß alle ihre Hoffnungen getäuscht worden sind.

Und nunmehr kommen die Drahtzieher der Sparerbewegung und versuchen, die armen kleinen Sparer für die gemeinschädliche, für das deutsche Wirtschaftsleben geradezu katastrophale Kandidatur Hindenburg zu misbrauchen. Die Führer der Sparerbewegung braucht man wirklich nicht für Leuchten zu halten, aber so unerfahren und so blind können sie nicht sein, als daß sie nicht wüßten, was der Reichspräsident auf die Gesetgebung, die im speziellen die kleinen geschädigten Sparer betrifft, gar keinen Einfluss hat. Und außerdem: so blind können die Führer der Sparerbewegung nicht sein, um nicht zu kanariieren, daß die Wahl Hindenburgs einfach vernünftiger auf unsere Volkswirtschaft wirken muß, was würde dann erst recht heißen, daß die kleinen Sparer überhaupt jede Hoffnung schwimmen lassen können. Selbst nicht einmal der Oberbürgermeister a. D. Siegrist, der in Bezug auf die Fälschung und die Kennzeichnung, politische und wirtschaftliche Fragen zu beurteilen, mit Herrn v. Hindenburg in einem Wettbewerb eintreten kann, ist so politisch blind, als daß er das Unsinnsge der Erklärung nicht begreifen zu können vermöchte.

Wer hat also die Führer der Sparerbewegung zu diesem Mißbrauchswerkzeug veranlaßt und mit welchen Mitteln mag das geschehen sein?

Der Herr Kammerdiener des Präsidentschaftskandidaten

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben:

Der Korrespondent einer der größten Zeitungen der Welt fühlt sich sicher. Mit einem Präsidentschaftskandidaten zu sprechen ist ja auf keine Schwierigkeiten. Außerdem ist er in diesem Fall mit einem Brief versehen, den ein Verwandter (ein alter Bekannter des Korrespondenten) an den Kandidaten schriftlich übergeben hat. Er wird nicht sicher empfangen.

Der Diener reißt den adressierten Brief auf und liest. „Sie sind von einer Zeitung, Ausgeschlossen. Erzellenz kennt schon die Journalisten von früher. Er spricht mit keinem.“

„Ich bin aber doch aus Berlin eigens deswegen gekommen.“
 „Und wenn Sie aus Afrika gekommen wären, Erzellenz empfangt Sie doch nicht.“

Der Korrespondent wird diplomatisch. „Sehen Sie, Erzellenz ist doch jetzt kein Privatmann. Zeigen Sie ihm diesen Brief.“

„Erzellenz bekommt täglich Hunderte von Briefen, er liest keine.“

„Vergessen Sie doch nicht, dieser Brief ist von einem nahen Verwandten.“

Dies wirkt. In einer halben Minute ist der Diener wieder da. „Erzellenz sagt, er kennt den Schwindler, daß solche Zeitungsgelute zu seinen Verwandten herausgehen und ohne sie zu kennen, Empfehlungen verlangen.“

„Dann werde ich Herrn v. F. bitten, Erzellenz telefonisch anzurufen und mich als alten Bekannten legitimieren.“
 „Auf Wiedersehen. Telefon hat keinen Sinn. Erzellenz geht nicht zum Telefon, und er wird schon Herrn v. F. seine Meinung sagen, was er von Verwandten denkt, die ausländischen Journalisten Empfehlungen geben. Auf Wiedersehen! Wenn Sie wollen, können Sie in drei Tagen, wenn der Adjutant Sr. Erzellenz zurückkommt, wiedertommen. Auf Wiedersehen!“

Die französischen Sozialisten und die Kartellpolitik

Die Verhandlungen im Nationalrat
 (Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 18. April. (Fig. Bericht.)

Der außerordentliche Nationalrat, den die französische sozialistische Partei in Paris abhielt, hat zu hochinteressanten Debatten Anlaß gegeben. Auf keiner ihrer früheren Zusammenkünfte ist die Frage der Beteiligung an der Regierung von der sozialistischen Partei gründlicher geprüft worden. Es schien die Möglichkeit zu bestehen, daß die Partei vor die praktische Notwendigkeit gestellt würde, in das neue Kabinett einzutreten. Am zweiten Verhandlungstage hatte sich die Sachlage insofern geändert, als Painlevé die Partei hatte wissen lassen, daß er deren Beteiligung am Kabinett nicht wie Briand zur unbedingten Voraussetzung der Regierungsbildung mache würde. Der Nationalrat begnügte sich deshalb mit der Annahme einer Erklärung, die letzten Endes den nächsten Kongreß, der im Laufe des Sommers stattfinden wird, mit der endgültigen Verantwortung einer Regierungsbeteiligung der sozialistischen Partei im kapitalistischen Staat beauftragt und es einstweilen der Parlamentsfraktion bezug dem Parteivorstand überläßt, im Notfall die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Eine lebhafteste Debatte wurde darüber geführt, ob zu diesen Beschlüssen auch der eventuelle Eintritt in die Regierung gehört. Die wenigen Delegierten, die überhaupt von irgendeiner Regierungsbeteiligung nichts wissen wollten, hätten den Nationalrat gern dazu gebracht, die Frage zu vereinen. Aber die Anhänger des sofortigen Eintritts in das Kabinett wehrten sich dagegen, indem man sich schließlich auf eine Formel einigte, welche die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung, wie sie schon in früher gefaßten Beschlüssen vorgezeichnet ist, offen läßt.

In Wirklichkeit zeigte sich, daß selbst diejenigen, die sich als „prinzipielle Gegner jeder Regierungsbeteiligung“ bezeichnen, die Eventualität einer Beteiligung ins Auge faßten. Stürmischer Beifall wurde Leo Blum, dem Vorsitzenden der Parlamentsfraktion, zuteil, als er ausführte:

„... und sollten sich in der nächsten Zeit außergewöhnliche Ereignisse vollziehen, sollte der soziale Kampf Formen annehmen, durch die wesentliche Interessen des Landes und der Arbeiterklasse vor allem bedroht würden, sollte die Partei sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, Regierungsverantwortlichkeiten zu übernehmen, bei Strafe sonst wohl pflichtvergessen dazu sein, wer unter uns wird dann zögern? Na, sollte es notwendig werden, einen Entschluß zu fassen, ohne auch nur eine Minute zu zögern, ohne auch nur, wie a. B. den Nationalrat einzuberufen, so denke ich, werden wir den Mut dazu haben, dies zu tun, ohne uns etwa durch eine engherzige Überlegung früherer Beschlüsse daran hindern zu lassen.“

Bei Beginn der Diskussion hatte die Seine-Föderation eine Erklärung verlesen, die sich gegen jegliche Beteiligung an der Regierung wandte. Am Schluß der Debatte haben die Delegierten der Seine-Föderation aber mit Leon Blum, Paul Faure, Boncour, Grambach, Varenne, Renaudel, Marquet, Compe-Morel und allen anderen Delegierten für einen Text gestimmt, in dem mit keinem Wort diese prinzipielle Ablehnung aufrecht erhalten wird.

In der Debatte, und besonders auch in den privaten Diskussionen der aus allen Gegenden Frankreichs zusammengekommenen Delegierten spielten die gegenwärtigen Vorgänge in anderen Ländern eine große Rolle. Natürlich wurde besonders lebhaft von der Situation in Deutschland gesprochen.

„Welch bewundernswürdiges Beispiel von Disziplin und republikanischem Friedenswillen gibt uns gegenwärtig die deutsche Sozialdemokratie, die trotz ihrer glänzenden Erfolge im ersten Wahlgange zur Rettung der Republik jetzt für den Zentrumsführer Marx eintritt und damit die Niederlage der den Frieden gefährdenden Reaktion sichert!“

erklärte ein Delegierter des Südens. Wo man hinzöhrte hörte man Worte des gleichen Sinnes.

„Glauben Sie wirklich, daß die acht Millionen sozialistischen Wähler der von den Führern ausgehenden Parole Folge leisten werden im zweiten Wahlgange?“ fragte ein Abgeordneter des Nordens. „Darum zweifeln, hieße die deutsche Arbeiterchaft nicht kennen!“ wurde ihm geantwortet. „Sie weiß was auf dem Spiel steht, daß ein Sieg Hindenburgs den Triumph des Nationalismus in der ganzen Welt, in Frankreich in erster Linie, bedeuten würde!“ „Gest! Admirable!“ — das ist bewundernswürdig — erwiderte der Abgeordnete. Hoffentlich zeigt die Schnelligkeit, mit der der Nationalrat einstimmig die Aufrechterhaltung des Linkskartells beschlossen hat, der deutschen Arbeiterchaft, daß auch der französische Sozialismus alles zu tun gewillt ist, um nicht nur im Innern die Pläne der Reaktion zu verhindern, sondern auch den Frieden der Welt zu festigen.

Denkt an die Kampfstaffel!

Schafft die erforderlichen Geldmittel, um die so dringend notwendige schriftliche und mündliche Aufklärungsarbeit leisten zu können.

Verhindert die Wahl eines reaktionären Reichspräsidenten! Zeichnet in die in Umlauf befindlichen Sammellisten! Wer hierzu keine Gelegenheit hat, überlebe seinen Beitrag auf Postscheckkonto 20081 Karlsruhe (Partiesekretariat).

Trinks, Partiesekretär.

Aus dem Freistaat Baden Mannheimer Wirtschaftsstreife und die Kandidatur Sindenburg

Eine Reihe von namhaften Vertretern des Mannheimer Wirtschaftsgebiets richteten an den Handelskammerpräsidenten Lenele die folgende interessante öffentliche Anfrage:

„Einige Tage vor der ersten Reichspräsidentenwahl vom 29. März ds. Js. erschien in der rechtsgerichteten Mannheimer Presse ein Wahlaufruf für Dr. Zarres, unterzeichnet: „Reichsblod für den Wahlbezirk Mannheim“ und neben etwa 150 anderen auch mit dem Namen des Herrn „Richard Lenele, Handelskammerpräsident“, versehen. Dr. Zarres, der in diesem Aufruf als „der beste und würdigste Mann“ bezeichnet wurde, vermochte nicht, wie der Mannheimer Reichsblod in seinem Aufruf gefordert hatte, im ersten Wahlgang zu siegen; er ist inzwischen von dem im sogenannten „Völkisch-Ausgang“ mahabehenden extrem-nationalistisch einseitigen Deutschnationalen auf die Seite gedrückt und für den zweiten Wahlgang durch die Kandidatur des Generalfeldmarschalls a. D. Sindenburg ersetzt worden.“

Alle Welt weiß, daß die Aufstellung Sindenburgs gegen den ausgesprochenen Willen und energischen Widerspruch der Deutschen Volkspartei erfolgte, der, soweit uns bekannt, Herr Präsident Lenele angehört. Insbesondere ist aber auch die Nachricht unwiderprochen geblieben, daß der gleichfalls der Deutschen Volkspartei angehörige Reichsaussenminister Dr. Stresemann sich der Aufstellung Sindenburgs als entscheidend widersetzt, weil er von ihr eine außenpolitische Katastrophe befürchtet, unter der in erster Linie die deutsche Wirtschaft aufs schwerste zu leiden haben würde.

Auch andere prominente Mitglieder der Deutschen Volkspartei aus den Kreisen der Wirtschaft, insbesondere der Exportindustrie und des Großhandels haben besorgten Herzens ihre Stimme gegen Sindenburgs Bewerberchaft erhoben, der Befanntwerden „in den maßgebenden Wirtschaftskreisen geradezu lähmendes Entsetzen hervorgerufen“ habe.

Diese sorgenvoll warnenden Stimmen der deutschen Wirtschaft sind natürlich auch dem Herrn Handelskammerpräsidenten Lenele in Mannheim bekannt. Und ebenso weiß Herr Lenele auch so gut wie die Unterzeichneten, daß unter den oben geschilderten katastrophalen Wirkungen der Kandidatur Sindenburg in erster Linie die westlichen Bezirke des Reiches, die vieldrängten Länder am Rhein, und das darunter insbesondere auch unser Mannheimer Industriegebiet und der Handel unseres Plazes zu leiden haben werden. Wie stellt sich Herr Lenele nun zur zweiten, der entscheidenden Reichspräsidentenwahl am 28. April? Sämt er auch für diese seine Mitwirkung im „Reichsblod Mannheim“ aufrecht?

Man hat dem Herrn Handelskammerpräsidenten Lenele seine Unterschrift in dieser Eigenschaft unter den Reichsblod-Aufruf zum ersten Wahlgang am 29. März ds. Js. seitens zahlreicher politisch anders eingestellter Mitglieder der Handelskammer schon hart verübelt. Jetzt aber, wo die Kandidatur Sindenburg je länger desto mehr zu einer Katastrophe für die deutsche Wirtschaft zu werden droht, glaubt man von ihm als führender Persönlichkeit dieser Wirtschaft und als Präsidenten einer der Wahrung der Interessen von Industrie und Handel dienenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft erwarten zu können, daß er seine Ablehnung einer Politik, die auf Betreiben von politisch unerantwortlichen Elementen das schickende deutsche Volk aus neuer schweren Prüfungen entgegenzuführen und seine materielle Wohlfahrt der Gefahr neuer Erschütterungen aussetzen droht, unabweisend zum Ausdruck bringt.“

Der Herr Handelskammerpräsident Lenele, der ja gerne öffentlich sich äußert, wird nicht umhin anders können, als zu dieser Anfrage Stellung zu nehmen. Und da darf man dann gespannt sein, was der Mann sowohl als Handelskammerpräsidenten wie als deutscher Volksparteiler zu sagen hat.

Offene Anfrage an den evangelischen Oberkirchenrat

Letzten Sonntag veranstaltete unsere Partei neben zahlreichen anderen Versammlungen u. a. auch eine Reihe Versammlungen im Pfingstale und in der Umgebung von Pforzheim. Es waren dies durchweg Orte, in denen der überwiegende Teil der Bevölkerung der evangelischen Konfession angehört. Wie uns nun von Versammlungsrednern, u. a. auch von einem Landtagsabgeordneten, mitgeteilt wird, wurde ihnen von verschiedenen Seiten gesagt, der Ortsgeistliche habe am Vormittag in der Predigt erklärt, laut Verfügung des evangelischen Oberkirchenrats habe er die protestantischen Wähler aufzufordern, am nächsten Sonntag nicht für Marx zu stimmen. Solche Äußerungen von Geistlichen werden uns als ganz bestimmt gefallen aus einem Orte des Pfingstals und aus einem Orte bei Pforzheim gemeldet.

Bevor wir uns weiter zu dieser Sache äußern, möchten wir zuerst an die evangelische Kirchenbehörde, an den Oberkirchenrat, die öffentliche Anfrage richten: Ist es richtig, daß von der evangelischen Kirchenleitung eine Weisung an die evangelischen Geistlichen ergangen ist, die Angehörigen der evangelischen Kirche aufzufordern, am nächsten Sonntag nicht für Marx zu stimmen? Je nach dem Ausfall der Antwort, die natürlich in Anbetracht des in nächster Nähe stehenden Wahltermins raschstens gegeben werden muß, wird dann das weitere zu sagen sein. Zunächst hat also der evangelische Oberkirchenrat das Wort.

Amtsrichter Weber bereits in Urlaub

Wie unser Pforzheimer Parteiblatt, die „Freie Presse“, mitteilt, befindet sich der durch seine hanebüchenern beleidigenden Äußerungen über den badischen Staatspräsidenten zu einer besonderen Art von Berühmtheit gelangte Amtsrichter Weber in Urlaub. Ob er sich von seiner amtlichen Tätigkeit oder von den Anstrengungen seiner Wahlagitation zu erholen gedenkt, ist ebenjowenig bekannt, wie es bisher im Dunkeln blieb, ob gegen ihn eine Untersuchung eingeleitet ist. Jedenfalls ist dringend zu wünschen, daß dem Amtsrichter Weber von berufener Seite das Nötige eröffnet wird.

Eine Denkschrift über die Regelung des Fürsorgewesens

Das Ministerium des Innern hat dem Landtag eine Denkschrift über die Regelung des Fürsorgewesens in Baden zugehen lassen. Diese Denkschrift beschäftigt sich zunächst in einigen Vorbemerkungen mit der Stellung der Wohlfahrtspflege zur Armen- und Wohlfahrtspflege in Baden vor dem 1. April 1924 und behandelt dann die gesetzlichen Grundlagen und die praktische Durchführung der öffentlich-rechtlichen Armen- und Wohlfahrtspflege nach dem Inkrafttreten der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht. Weiter wird dann in der Denkschrift die Durchführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht in Baden besprochen und schließlich ein Ueberblick über die Aufgaben und Leistungen der Fürsorgeverbände seit dem 1. April 1924 gegeben. Die Denkschrift enthält auch ein reiches Zahlenmaterial mit einem Ueberblick über die Zahl der unterstützten der 40 Bezirksfürsorgeverbände (Gemeindeverbände). Ferner findet sich in der Denkschrift eine Darstellung über den jährlichen Fürsorgeaufwand von 40 Bezirksfürsorgeverbänden nach dem Stand vom November 1924.

Vollversammlung der badischen Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer hält am Donnerstag, 23. April, und am Freitag, 24. April, im Sitzungssaale des Badischen Landtags ihre 28. ordentliche Vollversammlung ab. Die Tagung nimmt am Donnerstag nachmittags 3 Uhr ihren Anfang. Die Tagesordnung umfaßt neben rein geschäftlichen Angelegenheiten die Berichterstattung über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im Jahre 1924, den An- und Verkauf von Grundstücken und Beamtenanstellungen. Ferner wird sich die Vollversammlung mit der Verringerung des Landwirtschaftssteuerbetrags, mit der Verringerung der Landwirtschaftssteuer, mit dem Ausbau der Saatgutkontrolle (Errichtung eines Instituts für Pflanzenzüchtung), mit der Abänderung der Steuer- und des Handelsvertragsverhandlungen, mit der Durchführung von Meliorationen und der Förderung der Schwarzwaldweiden und mit der Errichtung einer Beratungsstelle für landwirtschaftliche Ciedelung befassen.

Forstmeister Krautinger: Die Nachricht vom Tode des allgemein beliebten und hochverehrten Forstmeisters Krautinger in Konstanz hat ganz besonders in Fischereikreisen allgemeine Teilnahme hervorgerufen. Weit über Badens Grenzen hinaus war Krautinger als Fischereifachverständiger, namentlich in Fragen der Rheinischerei, des Raichfanges und der Raichzucht bekannt. Nicht nur die staatliche Fischzuchtanstalt in Riegen, von der aus alljährlich etwa eine Million junge Raich dem Oberrhein und seinen Nebenflüssen übergeben werden, verdankt ihre Entfaltung seiner Initiative, sondern auch im Reichs hals Krautinger die Organisation der Raichzuchtvereine an. Als langjähriger Vorstandsmittglied des Badischen Fischereivereins zählte er zu den gründlichsten Kennern der badischen Fischereiverhältnisse. Besondere Anerkennung verdient seine Tätigkeit als Fischereifachverständiger für den Oberrhein. Auch am Bodensee und Untersee hat sich Krautinger durch die Anlage bekannter Fischzuchtanstalten und die langjährige Leitung der staatlichen Fischzuchtanstalt Raichzell viel Verdienst erworben und durch die seinem Antriebe zu verdankende Anstellung mehrerer staatlicher Fischereifachverständiger geordnete Fischereiverhältnisse geschaffen. Fast bis zu seinem Tode lag auch die Mainau-Fischerei in seiner Hand. Wegen seines energischen Handelns im Interesse der Fischerei, war Krautinger als Mensch überall hochverehrt. Die Badische Fischerei verliert in ihm daher einen ihrer tatkräftigsten Förderer.

Badische Forstschule in Karlsruhe. Die Forstabteilung des Finanzministeriums hat in Karlsruhe im Lehrgebäude des Lehrerseminars I eine Forstschule für Forstwärter eingerichtet. Hier sollen die zukünftigen Forstgehilfen der Staats-, Gemeinde- und Privatwaldbesitzer ihre Ausbildung erfahren. Der Unterricht erstreckt sich auf forstwirtschaftliche Fächer, Rechnen und Deutsch. Der Schulleiter ist Forstmeister Haber-Karlsruhe, dem noch ein Oberförster und zwei Elementarlehrer zur Seite stehen. Im Laufe des Winters wird diese Forstschule einen weiteren Ausbau erfahren. Auf Exkursionen werden theoretische und praktische Waldarbeiten durchgeführt; auch gelangen die verschiedenartigen Waldbestände zur Vorführung. Der Kurs schließt mit einer großen Exkursion und einer Schlussprüfung ab. Die Kosten des Kurses werden teils vom Staat, soweit es sich um staatliche Forstämter handelt, teils von den Gemeinden oder Privatwaldbesitzern, in einzelnen Fällen auch von den Kursteilnehmern selbst getragen. Durch die bessere Ausbildung unserer Forstgehilfen will man die Waldbewirtschaftung rationaler betreiben.

Zeilstundungen der Einkommensteuervorauszahlungen. In der „Karlsruher Zeitung“ werden die Bestimmungen über Zeilstundungen der Einkommensteuervorauszahlungen bei Steuerpflichtigen veröffentlicht, die nach dem Ueberlauf der Einnahmen über die Werbungskostensteuern und die sich für das erste Halbjahresende 1925 und den Härtenausgleich bei den Einkommensteuervorauszahlungen 1924 beziehen.

Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1925. Auf mehrfachen Ersuchen besonders aus Kreisen der ausländischen Industrie hin ist der Anmeldetermin für die internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe bis zum 2. Mai verlängert worden. Diese Verlängerung gilt nicht nur für die ausländische, sondern auch für die deutsche Industrie. Wegen weitgehender Beteiligung ausländischer Behörden und Juristen an der Ausstellung sind auch vom Auswärtigen Amt in Berlin schon vor einiger Zeit durch die deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland die notwendigen Schritte eingeleitet worden.

Aus der Partei Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Die angeforderten Heber zur Massfeier wurden wie folgt ausgewiesen:

- Freitag, 1. Mai:
 - Dietlingen A. Pforzheim: abends 8 Uhr im „Grünen Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Horter-Karlsruhe.
 - Offenburg: abends 8 Uhr. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Freit-Hof-Mannheim.
 - Pforzheim: abends 8 Uhr im „Saalbau“. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Ulrich-Weilbronn.
 - Leutesheim A. Ref.: abends 8 Uhr. Referent: Parret Gen. Böb-Riegel.
 - Rheinheim: abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Professor Gen. Dr. Geiger-Pforzheim.
 - Rohrheim: abends 8 Uhr im „Vollshaus“. Ref.: Stadtrat Gen. Föhrer-Karlsruhe.
 - Schl.: abends 8 Uhr im „Schwarzwälder Hof“. Referent: Zollsekretär Gen. Seidel-Waden-Waden.
 - Durlach: abends 8 Uhr in der „Heißhale“. Ref.: Arbeitersekretär Gen. Erb-Karlsruhe.
 - Waden-Waden: vorm. 9 Uhr im „Waldbreit“ und abends 7 Uhr in der „Raube“ in Oosjheueren. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.

- Samstag, 2. Mai:
 - Kappelrodek: abends halb 9 Uhr im „Rebhos“. Referent: Gen. Trintz-Karlsruhe.
 - Staufenberg: abends 8 Uhr. Referent: Stadt. Gen. Schmedeher-Baden-Baden.
 - Philippsturm: abends 8 Uhr im „Grünen Winkel“. Ref.: Gen. Horter-Karlsruhe.
 - Wretzen: abends 8 Uhr in der „Stadl Pforzheim“. Ref.: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
 - Königsbach A. Pforzheim: abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Stadt. Gen. Bähringer-Karlsruhe (verbunden mit 80jähriger Gründungsfeier).
 - Reinach: abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Bürgermeister Gen. Rißert-Durlach.

- Sonntag, 3. Mai:
 - Deiselsbrunn A. Pforzheim: mittags 2 Uhr im „Ahlle“. Referent: Hans Wänter-Pforzheim.
 - Niefen A. Pforzheim: abends 7 Uhr in der „Linde“. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Graf-Pforzheim.
 - Pforzheim: mittags 3 Uhr im „Vollshaus“ 80jährige Stiftungsfest. Referent: Landtagsabgeordneter Graf-Pforzheim.

Wir bitten die Feiern allerorts gut vorzubereiten. Trintz, Parteisekretär.

Gewerkschaftliches Drohende Arbeitskämpfe in der schlesischen Industrie

In der schlesischen Industrie steht eine Reihe von schweren Arbeitskämpfen bevor. Die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften in der Metallindustrie wurden am Samstag dem Verband der schlesischen Metallindustriellen mit der Aufforderung einer allgemeinen Aussperrung in familiären Breslauer Metallbetrieben benannt, falls nicht familiäre Beschlüssen am Montag vollständig antraten. Die Forderung der Metallarbeiter erstreckt eine Anpassung der schlesischen Lohnsätze an diejenigen anderer deutscher Gewerkschaften. Gegenwärtig liegen die Breslauer Löhne in der Metallindustrie um 20-30 Prozent unter den Lohnsätzen der gleichen Arbeiterkategorie im übrigen Deutschland. Die Arbeitgeber lehnen aber jede auch nur ungeschwächte Anpassung an die Lohnhöhe derjenigen im übrigen Reich ab, weil sie erklären, daß die schlesische Metallindustrie z. B. infolge der Befragung mit den Eisenbahntarifverträgen und infolge der ungünstigen Exportausichten, vor allem wegen der Verzögerung der Handelsverträge im Osten noch nicht konkurrenzfähig seien. Es steht anheben ein langandauernder Kampf in der schlesischen Metallindustrie bevor.

Auch im schlesischen Holzgewerbe dürfte ein Lohnkampf kaum mehr zu vermeiden sein, da auch hier die Arbeitgeber mit ähnlichen Argumenten die möglichen Forderungen der Gewerkschaften ablehnen. Schließlich stehen auch die Breslauer Bauarbeiter in einer Lohnbewegung, die durch einen ungenügenden Schiedsspruch nicht abgeschlossen werden konnte, zumal dieser Spruch nach Auffassung der Arbeiterkraft unter falschen Voraussetzungen gefällt wurde.

Gerichtszeitung

In die Kaiserliche Reichsregierung im Herbst 1923 erinnerte die Verhandlung gegen den Maurer Karl Unger in Laß, der nachträglich verschiedene Vergehen wegen zur Verantwortung gezogen wird. Es handelte sich, dem damaligen Verbot der Militärbehörde zum Verlaufe, um die Beteiligung bei dem Anschlag von Flugblättern, Teilnahme an einer verbotenen Versammlung und Aufforderung zum Bürgerkrieg. Abweichend von ihren früheren Angaben, welche Unger ziemlich stark belasteten, schänken die zur Hauptverhandlung geladenen Zeugen ihre Aussagen meistens wesentlich ein, so daß nur der sichere Beweis geführt war, daß der Angeklagte nach dem Eintreffen der Schutzpolizei in Laß auf dem Schutterloberberg und im sogenannten Steingrube an Zusammenrottungen teilgenommen hatte. Es wurde gegen Unger eine Gefängnisstrafe von einem Monat ausgesprochen, die mit Hinjurückrechnung einer wegen Widerstand, Gefangenensbefreiung usw. verhängten sechsmonatigen Gefängnisstrafe in 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis umgewandelt wurde. — Zwei seinerzeit flüchtig gefangene Teilnehmer an dem Laßer Mordfall vom Oktober 1923, der Tagelöhner Leopold Ruder genannt Schöffel aus Hugsamer, und der Hilfsarbeiter Otto A. Wirth aus Köndringen, kamen nun nachträglich vor Gericht. Beide wurden der Teilnahme an der Bildung bewaffneter Gauen, Beteiligung an einer verbotenen Versammlung und des unerlaubten Waffenbesitzes für schuldig befunden und deswegen Ruder zu 3 Monaten 1 Tag, Wirth der gleichen Vergehen wegen zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis, letzterer außerdem noch für die verbotswidrige Beteiligung von Flugblättern zur Geldstrafe von 30 M. verurteilt.

Pianos - Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen **Karl Lang** Kaiserstrasse 167/1 Telefon 1073 Salamander - Schuhhaus

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Sportler wählt den Republikaner Marx

Monarchistische Reaktion oder demokratisch-soziale Republik? Die Antwort, die das deutsche Volk am 26. April auf diese Frage geben wird, könnte auch für uns ausübende Sportler von entscheidender Bedeutung in unserer sportlichen Interessensphäre sein. Die bewußt sozialistisch eingestellte Arbeiterportbewegung hat nur zwischen zwei Kandidaten zu entscheiden: Marx oder Thälmann? Der Kandidat der Reaktion kommt für sie nicht in Frage. Unseren Arbeiterportlern muß aber die Erkenntnis werden, daß ihre Entscheidung nur nach einer Richtung gehen darf.

Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für die Reaktion.

Die Unterstützung für den Kandidaten der Monarchisten und Militaristen. Jede kommunistische Stimme schwächt die Parteien des republikanischen Volksblocks und bedeutet eine Chance mehr für Hindenburgs Sieg. Erst in den Osterferien wurde erneut die arbeitereindliche Tätigkeit der Kommunisten bekräftigt. Die tschechoslowakische Arbeiterportbewegung hat den Kommunisten und Anhängern der Moskauer Sportinternationale in aller Form bestätigt, daß die bisher geübte Neutralität gegenüber den verschiedenen Arbeiterparteien sich als Hemmnis für die Entwicklung der Arbeiterportbewegung herausgestellt hat. Der Verband hat sich für sieklare Arbeit im Sinne der Londoner Internationale entschieden. Ein Vorbild für Deutschland! Am 26. April muß jede parteitaktische und grundsätzliche Demmung zurücktreten vor der großen Entscheidung: Republik oder monarchistische Reaktion.

Wilhelm Marx ist der Kandidat des republikanischen Volksblocks. Sein Programm bedeutet: Erfüllung der republikanischen Staatsform mit demokratischem und sozialem Inhalt; sein Programm bedeutet: Entlastung der Schwachen auf Kosten des Reichen. Die Entscheidung, ob Marx oder Hindenburg dürfte unter diesen Umständen keinem Arbeiterportler schwer fallen.

Aber auch die arbeitenden Schichten in der bürgerlichen Sportbewegung haben alle Ursache, sich für den Kandidaten der Republik zu entscheiden. Die deutsche Sportbewegung ist erst in der Deutschen Republik groß geworden. Die sozialen Erzeugnisse der Umwälzung von 1918 sind nicht zuletzt Ursache zu diesem Aufschwung. Die Einführung des Achtstundentags, die Förderung aller Bestrebungen im Sinne einer körperlichen Erziehung der deutschen Jugend durch die Republik, haben erst die Grundlage geschaffen für den Aufschwung der deutschen Sportbewegung.

Mit Hindenburg würde am 26. April die soziale Reaktion den Sieg errösten. Schon die teilweise Verlängerung der Arbeitszeit in den Monaten der schwersten Wirtschaftskrise hat in außerordentlich zahlreichen Fällen zu einer wesentlichen Einschränkung des Sportbetriebs führen müssen. Erste Voraussetzung für die Durchführung der kulturellen Ziele der Sportbewegung ist die Erhaltung und Wiedergewinnung des Achtstundentags. Ein Sieg der Reaktion bei der Reichspräsidentenwahl aber würde die soziale Reaktion stärken und den arbeitenden Sportlern auch die letzte Möglichkeit sportlicher Betätigung rauben. Dieser eine Hinweis möge genügen. Wir rufen alle Anhänger der deutschen Sportbewegung auf, am 26. April reslos inszutreten gegen die kulturelle und soziale Reaktion, für kulturellen Fortschritt und demokratisch-soziale Republik.

Sportler wählen den Republikaner Marx!

Tagung der Jungsozialisten

am 12. und 13. April in Jena

Am 12. und 13. April 1925 fanden sich die Jungsozialisten Deutschlands in Jena zur 3. Reichskonferenz zusammen. Geist und Saiten der Tagung waren bestimmt durch das Thema: „Nation, Staat und Sozialdemokratie“, zu dem der Reichsausschuss der Jungsozialisten Dr. Hermann Heller aus Weimar zum Referenten und Dr. Max Adler aus Wien zum Korreferenten ernannt hatte. Schon die Tatsache eines Korreferenten deutet auf innere Gespaltenheit — zum mindesten Differenziertheit hin. Das System zweier Gruppen, der sogenannten „Sozialisten“ einerseits und der „Hannoveraner“ andererseits, die ihre Namen jeweils nach dem Tagungsort ableiteten, der ihre Gebankensinhalte form und Richtung angeben, führte zu mächtigen Gegensätzen. Fast gleichmäßig abgefaßte Resolutionen wurden oft Gegenstand des gegenseitigen Disputes, weil man Worte zu Begriffen — ja zu Begriffsinhalten erhob, die in dem Ergebnis nur den Mangel aneigten, der heutzutage notwendiges Fazit einer ins Maßlose gesteigerten Problematik ist. Trotz — ja gerade wegen dieses Fehlens an einer Meinung von anderen, war auch dieser Richtungsstreit wieder bedeutsam und Spiegelbild, weil er so nicht allein Ausdruck der jüngsten, um den Sozialismus rinaenden Generation war, sondern einen Entwurf der heutigen Mentalität überaus darstellte: Man schütet Erkenntnis vor, wo unklare, verworrene Gefühle vorherrschen, die bei einiger Selbstbesinnung einer einsamen Meinung Platz machen müßte. So hat denn diese Tagung von neuem die Forderung geschaffen, Stütz für Stütz in der Selbstverständigung des sozialistisch Denkenden über sich selbst weiter zu kommen.

Die Ausführungen Dr. H. Hellers bewegten sich ungesähr in folgenden Bahnen:
Sozialdemokratie und Staat. War die ablehnende Haltung, die die Sozialdemokratie in den Vorkriegsjahren dem Staat gegenüber einnahm, Ausfluß eines Feindsinns oder nur historische Bedingtheit? Die opponierende Stellung galt dem demokratischen Staat, nicht diesem überhaupt. Eine Bestimmung auf die Ereignisse in Rußland 1917 schaffte hier klare Zusammenhänge. Auch in Deutschland sah man sich 1918 vor die Notwendigkeit einer Handlung innerhalb des bestehenden Machtbereichs gestellt. Eine Bestimmung geben führende Köpfe wie: Renner, Otto Bauer und Dittlerding. So finden wir denn heute trotz mangelnden Selbstbewußtseins bis zu den Kommunisten hin eine Stellung zum Staat. Es ist daher falsch, heutzutage eine Problematik hoch zu süßeln, mit der Alternative: Staatsbeibehaltung oder Staatsverneinung? Dieses

Problem hat längst in der Praxis seinen Vollauf gefunden. Die Frage muß heute vielmehr die sein: Welche Auswertung hat die Stellung der Sozialdemokratie zu Staat und Nation zu erfahren? Die theoretische Lösung dieser Fragestellung muß praktische Anwendung finden können. Die Fundierung der Stellung zum Staat ist von verschiedenen Voraussetzungen abhängig, die eigentlich jedem Sozialisten Selbstverständlichkeit sein müßten: Als Gegnerin der atomistisch-kapitalistischen Gesellschaft steht der Sozialdemokratie die kulturtragende Gemeinschaft über dem Individuum und als solche bekämpft sie den Anarchismus in jeder Form. Jede dem Chaos entgegenwirkende Politik, — wie die sozialdemokratische — bedarf einer von Autorität getragenen Organisation. Notwendigerweise kann und darf diese Autorität auch zwangsabhängiger Art sein. Gesellschaftliche Macht ist das materielle und ideelle Vermögen zur Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat. Seine praktische Negation, die übrigens noch niemand auszuführen vermochte, hieße also auch Negation der Wirtschaft. Wenn man heute oft die Frage erhebt, warum 1918 in Deutschland die innerparteilichen Grenzen von der sozialdemokratischen Führerschaft nicht befreit worden wären, so muß man diese Fragestellung auf eine ganz unmarxistische Denkweise zurückführen. So wird auch die Fragestellung: Klassenpolitik oder Staatspolitik zu einem haltlosen Irrtum. Jede Politik ist Staatspolitik.

Der 2. Teil der Ausführungen Hellers behandelte das Thema „Sozialdemokratie und Nation“. Nach Otto Bauer ist die Nation die zu seiner jahrausjahrein „Schicksalsgemeinschaft“ ermächtige Charaktergemeinschaft“. Auch hier ist Voraussetzung jeglichen Disputes die Einsicht der Tatsache, daß die gesamte Menschheit in Nationen unterteilt ist. Schon dieses Faktum allein verleiht dem Sozialisten eine laßläufige Vermutung, solange nicht die fundierte Bereitschaft zu etwas anderem vorhanden ist. Marx hat den Gegnern der Entnationalisierungsbestrebungen mächtig das Wort geredet. Der Sozialismus bedränge Heranziehung der Arbeitermassen zur nationalen Kulturgemeinschaft, Erweiterung und Erfüllung der Volksform Nation durch das Mittel des Klassenkampfes. Sozialisierung ist fortwährende Differenzierung der Nationen, erst auf diesem Wege kommt man zur wahrenhaften Völkergemeinschaft. Zusammengefaßt: Der Klassenkampf bleibt unbedingte Notwendigkeit und richtunggebendes Stigma für die Schaltung der Arbeitermassen, aber er wird zum Kampf im Staat und um denselben: Daraus erwächst die Forderung eines Weltfriedenssozialismus. Hier liegt die Aufgabe der Jungsozialisten.

Satte Dr. H. Heller quasi als Vertreter des Sozialismarkreises der Jungsozialisten, also der „nationalen Richtung“, gesprochen, so entanctete ihm als Sprecher des Sannoverkreises, der linksgerichteten Gruppe Dr. Max Adler, Professor an der Wiener Universität. Das Zentrum seiner Ausführungen bildete im Gegensatz zu dem Anwendung erheischenden Weltfriedenssozialismus Hellers die marxistische Klassenkampftheorie. Nach eingehender Zerkleinerung und Scheidung der Begriffe Staat, Volk, Nation, die er mit dem Gesiermeister des bürgerlichen Denkens in normative, formale einerseits und soziologische andererseits trennte, gab einer einengende theoretisch-wissenschaftliche Auslegung des Marxismus. Die Gegenständlichkeit zu Heller, in die er dadurch geriet, war mehr gefühlsmäßig erfassbar als formal erkenntlich. War es doch jedem Teilnehmer der Tagung irgendwie klar, daß das beabsichtigte, eminent wissenschaftliche Referat Adlers weniger eine Entgegnung auf die Lebensnerven, Wirklichkeitsgestaltung fordernden Ausführungen Hellers war als vielmehr unwissenschaftliche Januierung, eine Folge der beiden ganz verschiedenen Standpunkte.

Durch das Eingehen des Korreferenten auf verschiedene aktuelle Themen — wie Bewilligung der Kriegskredite 1914 — beschwor er eine Stimmung herauf, die ohne eine klärende Darlegung zu überdauern, zu jenem Zustand parlamentarischer Zwiespalt, des schon genannten Fehlens an einer Meinung vom andern führte, was — das muß offen ausgesprochen werden — vom Standpunkt der Jugendbewegung zu verwerfen ist. So richtig letztlich die Anschauung ist, daß nur tiefgründige Theorie Berechtigung zu politischer Auswirkung gibt, so unklar war ich auch die These, daß orantlich sich entwickelnde Gestaltungen nicht definieren, also nicht auf eine einzige Formel gebracht werden können.

Ein ähnliches Bild wie Referat und Korreferat bot die Diskussion.

Der zweite Konferenztag brachte zunächst den Geschäftsbericht, der allgemein befriedigte. Die weiteren Auseinandersetzungen brachten das in Formeln und Resolutionen, was die Ausdrücke des ersten Tages geseitigt hatte. Die heißerlebte „Neuorientierung“ wurde ins Zeitliche gestellt. In der Tat blieben bei den einzelnen Bestimmungen durchweg im Gegensatz zu den früheren Tagungen die „Hannoveraner“ in der Mehrheit. Das ist schließlich auch die Ursache dafür, daß die Kommunisten, die selbstamerweise der Konferenz ganze Seiten widmeten, ein wahres Triumphbacheul anstimmten. Ihre Angaben sind natürlich alle aus der Luft gegriffen, obwohl — das muß auch gesagt sein — seitens der Jungsozialisten mit etwas mehr Entschiedenheit auch jeder Schein einer Abwegigkeit hätte vermieden werden können.

Mit 71 gegen 89 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit eines bestimmten Klassenkampfes forderte und gleichsam eine Bekräftigung der Ausführungen Adlers entgegen denen Hellers darstellte sollte. Ebenfalls zur Annahme gelangte eine Entschließung der Leipziger Genossen zur Frage der Veränderung des Artikel 22 der Reichsverfassung, die sich mit Entschiedenheit gegen eine Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre und eine Verminderung der Mitgliedszahl im Reichstag aussprach. Bedeutung erlangte ein Antrag der Berliner, der sich gegen die Kulturfeindlichkeit der Kirche wendet (banerisches Konfessions) und den Jungsozialisten die Folgen einer kommunistischen feindseligen Gesinnung nahelegt; wollen doch die Kommunisten daraus folgern, daß dieser Antrag eine Aufforderung bedeute, dem Ruf der Partei, am 26. April Marx zu wählen, keine Folge zu leisten. Da sie gingen in ihrer schmühsamen Art der Vaktation so weit, einem eigenen diesbezüglichen Antrag zu Vaktation so weit, einem eigenen Stimmverhältnis 75 gegen 45 vorkommen zu lassen. Selbst die bürgerliche Presse schnappte diese Mitteilungen der Sowjetleute auf. Nach der Annahme einer weiteren Resolution, die Alkoholfrage betreffend, wurde die Wahl der Reichsleitung vorgenommen; es folgte die Wahl des Redakteurs der „Jungsozialistischen Blätter“. Auf Ernstbert Graf, Stuttgart, entfielen 77, auf Max Weitzel, Berlin, 42 Stimmen. Somit ward Graf zum Redakteur der „J.B.“ gewählt.

Berlin, 42 Stimmen. Somit ward Graf zum Redakteur der „J.B.“ gewählt.

Ein Appell, im kommenden Arbeitsjahre rüstig weiter zu wirken, beschloß die Tagung.

N.B. Heller hat seine Gedanken in einem Buche „Sozialismus und Nation“ niedergelegt, das im Arbeiterjugendverlag erschienen ist. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Adlerstraße.

Landeskonferenz der Zentral-Kommission für Körperkultur und Jugendpflege

Am Sonntag, den 19. d. M., fand im Geologiebüchsaal der Technischen Hochschule in Karlsruhe die diesjährige Landeskonferenz der Z.K. für Körperkultur und Jugendpflege statt. Schon am Vorabend tauchte im Gemerchaftshaus Friedrichsbof der Arbeitsausschuss und befaßte sich insonderheit mit den auf der Landeskonferenz zu behandelnden Angelegenheiten. Die Landeskonferenz selbst war in aufrechtenstehender Weise besetzt. Als Vertreter der Landtagsfraktion wohnte Landtagsabgeordneter Heebler und als Vertreter der Presse Gen. Eisele vom „Volksfreund“ bei. Um 10 Uhr eröffnete und begrüßte wurde sie seitens des Vorsitzenden, dem Gen. Grimm-Karlsruhe. Der Begrüßung schloß sich sofort der Geschäftsbereich an, in dem sich, ihren Funktionen entsprechend, die Genossen Grimm (Geschäftsführung), Stens-Karlsruhe (als Jugendwart), Meyer-Weingarten (als Pressewart und Bildungsleiter) und Arast-Karlsruhe (Kassengeschäfte) teilten. In dem Bericht über die Geschäftsführung wurden besonders beleuchtet die Staatsaufsicht, die Herabsetzung der Ermäßigung (von 50 Proz. auf 33 1/2 Proz.), welche die Reichsbahn-Gesellschaft bei den Fahrpreisen von Jugendlichen (ohne die großen Organisationen zu hören) dittatorisch durchgeführt hatte, das Sportverbot an Sonn- und Feiertagen, die vom Geschäftsausschuss und von den Verbänden gestellten Anträge, sowie die notwendigen Satzungsänderungen. Die große Zahl von Sitzungen des Geschäftsausschusses, die der Arbeitsausschuss, die Bezirkskonferenzen, die Vorkonferenzen bei Behörden im Interesse der Arbeiterportbewegung wie die bedeutende Korrespondenz zeugen von der großen Aktivität der Z.K. Der Bericht des Kassiers belehrt über die Kosten, die die für die Arbeiterportbewegung so segensreiche Tätigkeit der Z.K. verursacht und deren schwierige Aufbringung. Einer der wichtigsten Zweige im Tätigkeitsbereich der Z.K. ist der der Jugendpflege, über welche Gen. Stens ausführlichen Bericht erstattete. Besonders interessant waren seine Ausführungen über seine Mitarbeit als Vertreter der Z.K. beim Landesjugendamt, die oft ausschlaggebend war in der Behandlung mancher wichtiger, dem Landesjugendamt übergebenen Fälle. Ueber Werden, Auf- und Ansbau des „Volks-Sports“ als Mitteilungsblatt der Funktionäre der Arbeiterportbewegung, ferner über das Ziel der Arbeiterportbewegung, harmonischer Durchbildung des proletarischen Menschen, machte Gen. Meyer in seinem Tätigkeitsbericht als Pressewart und Bildungsleiter interessante Ausführungen.

Eine erachtliche Ansprache, die sich öfters dramatisch ausprägte, forzte für eine gründliche Durcharbeitung aller in den Berichten auftauchenden Fragen durch die Delegierten. Dies trat insonderheit in der Abstimmung über die Anträge auf. Ein Antrag Kelenbach-Mannheim, der unumwundenes Eintreten für die Luzerner Sportinternationale mit den daraus erwachsenden Konsequenzen forderte, fand Annahme mit 42 gegen 5 Stimmen. Die letzteren stammen von den Vertretern der K.P.D.-Jugend und einiger mit ihnen befreundeten Sportler. Die K.P.D.-Jugend hat sich mit ihrer bei der Abstimmung bewiesenen Stellungnahme hiermit selbst von der Z.K. losgesagt, da die Z.K. und die hinter ihr stehenden Arbeiterportverbände auf dem Boden der Luzerner Sportinternationale stehen.

Das Kartell für Volksbildung und Körperpflege Heidelberg hatte beantragt, dem Verband „Volksjugend“ seitens der Z.K. Unterstützung zu verleihen; die Kreisleitung des 17. Kreises D.M.B. hatte gefordert, der Schwereathletik einen Vertreter im Arbeitsausschuss auszubilligen. Die beiden letzteren Anträge wurden dem Geschäftsausschuss als Material ausgewiesen. Gen. Feinle-Mannheim errang die Annahme eines von ihm gestellten Antrages, die Landeskonferenz früher zu legen. Die heftigste Debatte hatte der Antrag des Geschäftsausschusses, die Kopfsteuer der Verbände von 1 auf 2 Pfennig zu erhöhen, erregt. Ein Kompromissantrag Briegel-Mannheim fiel unter den Tisch, während der Antrag des Geschäftsausschusses mit 25 gegen 24 Annahme fand. Nach einem einstimmig angenommenen Antrag wurde beschlossen, die Geschäftsführung der Z.K. einem ehrenamtlich tätigen Geschäftsführer anzuvertrauen. Dieser Posten kann mit einem anderen durch Personalunion verbunden werden. 32 Stimmen brachten die Annahme eines Antrages, der eine mindestens einmalige Abhaltung einer Bezirkskonferenz im Jahr in jedem Bezirk unter Anwesenheit des Geschäftsausschusses verlangt. Mit 19 gegen 18 Stimmen ging ein Antrag durch, der vorsieht, daß die Bezirksleiter in ihrem Bezirk im Vorderechnen mit den Funktionären der Arbeiterportbewegung ihres Bezirks den Reichsausschuss einberufen und würdig zu gestalten. Zu diesem Zweck soll jeweils vor Ostern eine Bezirkskonferenz tagen, die die Frage der Gestaltung des Reichsausschusses durch Bestreben der Vereinsteilnehmer der Arbeiterportbewegung durch Sammlung von Sportklüben (die übrigens überall, wo sie bisher in Baden verfaßt wurden, scheiterten) hatte ein Antrag als Ziel. Dieser soll, da er nur zentral, d. h. von der Reichszentralkommission aus zu erledigen ist, dieser als Material angeführt werden. Die nötig amordneten Satzungsänderungen fanden en bloc ebenfalls einstimmige Billigung und Annahme.

Der Tagesordnungspunkt „Wahlen“ fand rasche Erledigung. En bloc wieder gewählt wurde der ganze Geschäftsausschuss. Es trat nur aus der Gen. Arast als Kassier, weil der Genosse Grimm als 1. Vorsitzender die ehrenamtliche Geschäftsführung mit übernimmt. Genosse Stens übernimmt in Zukunft den Posten eines 2. Vorsitzenden, während als Jugendwart Gen. Düsedau-Mannheim (Sekr. d. Arb.-Jugend) Badens fungieren wird. Gen. Meyer-Weingarten behält seine beiden Ämter als Pressewart und Bildungsleiter.

Leider hatte durch eine plötzliche Verhinderung im letzten Moment Gen. Dr. med. Brauns-Rüppurr das geplante Referat abgeben müssen, das dann ausfiel.

Mit frischem Mut wird der neugewählte Geschäftsausschuss auch im neuen Geschäftsjahr an seine Tätigkeit gehen. Es ist

das eine aufopferungsvolle im vollen Sinne des Wortes; die Worte des Dankes für die im verflochtenen Jahr geleistete, der Arbeiterportbewegung so viel Nutzen stiftende Arbeit, die aus der Mitte der Versammlung fielen, fanden bei allen Delegierten Zustimmung. Dessen rücksichtigen Mäßen der Arbeiterportbewegung mit, ihre Bewegung zu dem zu gestalten, was sie sein sollte, eine der tragenden Säulen des Tempels Sozialismus, so kann es an einem Aufstiege des Arbeiterports, aber damit auch der gesamten Arbeiterkraft nicht fehlen. Es geschieht zu Nutze des Einzelnen und seiner Familie, seiner ganzen Klasse und Volkes und letzten Endes der gesamten Menschheit. vmsf.

Turnen und Sport

Fußball

Gruppe Durlach. Am Sonntag, 19. April, fanden in Durlach auf dem A.S.V.-Platz die fälligen Fußballturnierspiele statt. Die Resultate in den Vorspielen sind folgende: A-Mannschaften: Grödingen-Singen 67:64 Punkte; Grödingen-Grünwettersbach 68:64 Punkte; Singen-Grünwettersbach 88:65 Punkte; B-Mannschaften: Grödingen-Singen 54:48 Punkte. Nachdem verschiedene Vereine nicht angetreten waren, und somit ihre Spiele als verloren gelten, konnten auch noch die Rückspiele ausgetragen werden. Die Resultate in den Rückspielen sind: A-Mannschaften: Singen-Grünwettersbach 92:79 Punkte; Grödingen-Grünwettersbach 62:41 Punkte; Grödingen-Singen 87:87 Punkte. B-Mannschaften: Grödingen-Singen 63:39 Punkte. Wühn ist Grödingen in A- und B-Klasse Gruppenmeister der Gruppe Durlach. G. R.

Fußball

Forchheim — Karlsruhe Süd 1:2 für Forchheim. Am Sonntag trafen sich in Forchheim obengenannte Mannschaften. Dem Spiel der 1. Mannschaften ging ein Spiel der 2. voraus, was in Punkto Ruhe viel zu wünschen übrig ließ und mit 2:2 endete. 1. Mannschaften. 3.40 gab der Schiedsrichter den Ball frei. Forchheim mit Anstoss zeigte sofort einen gefährlichen Angriff, der aber von der gut arbeitenden Verteidigung abgewiesen wurde. Jedoch gelang es Forchheim in der 10. Minute das 1. Tor zu fuchen. In der 25. Minute gelang es Karlsruhe-Süd, durch Elfmeter gleichzuziehen. Halbzeit 1:1. Nach Halbzeit auf und abwegendes Spiel, wofürst von beiden Mannschaften manch schöne Freizeiten herbeiführt wurde, bis es in der 20. Minute Forchheim gelang, das Spiel für sich zu entscheiden. Endverhältnis 6:3 für Forchheim. G. S.

Freie Sportvereinsung Friedrichsdorf i. Taunus 1 — Freie Turner Karlsruhe 1 0:1. 2. Mannschaften 0:3. Die Osterreise der Freien Turner führte dieses Jahr wieder nach Friedrichsdorf im Taunus, um das Freundschaftsspiel, das genau vor einem Jahr geschlossen wurde, zu befechtigen. Die 2. Mannschaft trat um 1 Uhr den Platz und konnte nach schönem Spiele

3:0 für sich entscheiden das Feld verlassen. Bei vorausgegangenem Gewitter trat um 4 Uhr erlößend die 1. Mannschaft der Freien Turner das Spielfeld, die baselste gerade nicht in beider Verfassung vorband. Beide Mannschaften durch das lange Warten und durch den ruckigen Boden sichtlich deprimiert, zeigten nicht ihre sonst gemohnte Spielweise. Zu Beginn des Spieles beiderseitiges Suchen und Abtasten, bis in der Folgezeit sich bei Karlsruhe eine kleine Ueberlegenheit herausstellte. Friedrichsdorfer hinter Trio hatte harte Arbeit zu leisten. In der 35. Minute erzielte Karlsruhe durch Fehlschlag des linken Verteidigers von Friedrichsdorf durch blühendes Erfassen seines Halbrochtes, durch unhaltbaren Schuß das einzige und siebringende Tor des Tages. Bis Halbzeit dann ausgeglichenes Spiel. Nach Wiederbeginn drängte beide Mannschaften aufs Tempo, besonders Friedrichsdorf drängt eine zeitlang hart, um den Ausgleich zu erzielen, konnte sich aber bei der gut arbeitenden Hintermannschaft nicht durchsetzen.

Das zweite Spiel am Ostermontag gegen Oberursel mußte leider eine halbe Stunde verzögert werden, da die Heimreise angetreten werden mußte. Beide Mannschaften führten in der ersten Halbzeit ein schönes ausgeglichenes Feldspiel vor, bei dem die beiden Torwächter abwechselungsweise ihre Stützen zeigten. In der zweiten Spielhälfte setzte sich Oberursel in der folgenden Zeit besser durch und der Erfolg war, daß dieselbe aus einem Gedränge heraus in Führung gehen konnten. Karlsruhe, durch diesen Erfolg aufgemuntert, verdrängt das Tempo sehr zum Endspurt an und innerhalb 10 Minuten fielen 3 Tore. Bei dem darauffolgenden Schlußpfiff verläßt Karlsruhe als verdienter Sieger mit 3:1 den Platz.

Beide Spiele wurden im Interesse unserer Bewegung durchgeführt und Karlsruhe kann stolz sein über die Erfolge seiner Osterreise. A. Schffe.

A.S.V. Bergheim 1 — F.G. Union Karlsruhe 1 4:3. Halbzeit 3:2; 2. Mannsch. 3:3. Zum fälligen Serienspiele trafen sich am Sonntag obige Mannschaften. Gleich vom Anstoss weg entwickelte sich ein hohes Tempo. Union war technisch etwas überlegen was Bergheim durch eigene Energie erzielte. Union konnte gleich zu Anfang durch seine Mittelfürmer zweimal erfolgreich sein, Bergheim setzte nun alles daran und konnte durch Einzelleistung seines Mittelfürmers ein Tor erzielen, welchem gleich das zweite folgte. Kurz vor Halbzeit kann Bergheim nochmals erfolgreich sein und somit die Führung übernehmen. Mit 3:2 geht es in Pause. Nach Halbzeit legte Union eine unnötige Verbissheit zu Tage und konnte auch noch einmal den Ausgleich herbeiführen, dem aber bald darauf Bergheim ein viertes entgegenstellte. Mit dem Stand 4:3 fand nun ein schönes faires Spiel sein Ende, und Bergheim konnte als Sieger den Platz verlassen. — Der Schiedsrichter, ein Sportgenosse aus Mannheim, war dem Spiele ein gerechter und guter Leiter. Dmf.

Turnverein Aue — Augsburg-Göppingen 1 2:2; Turnverein Aue 1 — Augsburg-Kriegshaber 1 1:1; Turnverein

Aue 1 — Uim 1 2:1. Ein näherer Bericht über diese Osterspiele wird noch folgen.

Aue 1 Badenbers 1 7:0, 2. Mannschaft 9:2.

Aus den Sportartikeln

Mörsch. Am Ostermontag, nachmittags 3 Uhr, fand im Gasthaus zum „Löwen“ eine Vollversammlung der Arbeiterportvereine statt. Vertreten waren Turner, Radfahrer und Naturfreunde. Da der Festtag halber kein Referent erschienen war, eröffnete der Vorsitzende des Arbeitsangebots die mit Interesse gefüllte Versammlung. Auf der Tagesordnung stand die Gründung eines Arbeiterportartikels. Genosse Martin gab in weitgehender Form die Richtlinien, die zur Gründung notwendig sind, den Anwesenden bekannt. Von der Diskussion wurde rege Gebrauch gemacht. Alle Redner mit wenigen Ausnahmen sprachen sich im Sinne der Gründung aus, die Johann gegen 6 Stimmen beschlossen wurde. Es wurde auch die Wahl des Geschäftsaususses vorgenommen, welcher folgende Genossen ergab: 1. Vorsitzender: Walter Johann, 2. Vorsitzender: Ball Linus, Schriftführer: Gerstner August, Kassier: Rihm Leo, Revisoren: Knock Hermann, Burtari Alois.

Jugendbewegung

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Gruppe Ost, Süd, West. Donnerstag Singabend im Saal des Jugendheims. Wiederholer mitbringen. Montag Reigenabend um 7 1/2 Uhr in der Gießhütte. **Gruppe Müppurr.** Donnerstag Monatsversammlung. Freitag Musikabend bei Jugendgenosse Walter Widel. Montag Reigenabend. **Durlach, Dienstag, 21. April:** Arbeiterabstinenz-Berwerbungsabend 7 1/2 Uhr Einheitsballe am Babnhof. Instrumente mitbringen. **Mittwoch, 22. April:** Körperübungen. Donnerstag, 23. April, Uebungsabend. Samstag, 25. April, Musik. Sonntag, 26. April, frei.

Jungsozialisten

Am Mittwoch Teilnahme an der großen Kundgebung des Volksbundes in der Festhalle. Unsere Zusammenkunft findet deshalb am Freitag, 24. April, abends pünktlich 7 Uhr im Jugendheim statt. Da der Bericht über die Jenaer Reichskonferenz gegeben wird, ist vollständiges Erscheinen erforderlich.

Briefkasten der Redaktion

An Verschiedene. Die Berichte mußten infolge Stoffmangels gedrückt oder zurückgestellt werden. S.W. — Weststadt. Von einer Veranstaltung am 5. April können wir doch am 21. April nicht mehr berichten. Also in Zukunft früher.

Bezugsquellen für Natur- u. Sportfreunde

Sport-Artikel jeder Art, gut und billig
Sporthaus Brannath Karlsruhe / Duell Tor

Chabeso alkoholfrei, milchsäurehaltig, bestes Haus- und Tischgetränk aus rein. Zucker hergestellt
G. KRANICH Marlenstraße 48

St. Martins-Bier Spezialbier der „Hüttenschmiede“

Solide Sportstiefel Qualitäts-Schuhwerk zu vorteilhaften Preisen im
Schuhhaus Simon Kaiserstraße 201

MöBEL in bekannt grosser Auswahl i. Möbelhaus
Maler Weinheimer Karlsruhe, Kronenstr. 32 Zahlungszielverteilung

Chem. Waschanstalt Färberei
KARL TIMEUS Marlenstrasse Nr. 21 Kaiserstrasse Nr. 66

Murgtalbräu Qualitäts-Bier!

V. HEUPEL Stock- und Schirmfabrik G. m. b. H. Herrenstraße 46 Verk.-Pl.: Kaiserstr. 201

Herren- und Damenwäsche
Herm. Guggenheim Markgrafenstrasse 25

Mechanische Werkstätte Reparaturwerkstätte für alle Arten von Maschinen, Werkzeugen, elektr. und dergleichen.
Eigen Stenner Ruppertsstr. 32

Alle Kegel- u. Sportsfreunde treffen sich im **Feldschloßchen** bei Ludwig Nagel Metzger u. Wirt, Karlstr. 71

Durch eigene Fabrikation bin ich in der Lage, Herrenkleider aller Art zu sehr günstigen Preisen zu liefern
Bekleidungs-Industrie Tel. 515 Durlach Hauptstr. 36

Maschinen-Strickerei Strickkleider — Kostüme — Westen
Kaiser-Passage 19, 2. Stock.

Touristen bevorzugen
HENSEL'S Dauerwurstwaren sowie Würstchen u. Schinken in Dosen

Marellis Zigaretten enttäuschen nie!

CALMON REIFEN

Gritzner-Nähmaschinen und Fahrräder
Karl Ehrfeld am Rondellplatz

Ernst Marx Karlsruhe, Luisenstraße 66 Fernruf 3086 Spezialhaus f. Herde, Oefen, Gasherde, Küchen- u. Hotel-Einrichtungen.

Gute, billige Stoffe finden Sie auf der Etage
S. Rubin Kaiserstr. 100 Verkauf nur 1 Treppe hoch.

SPORT-BEKLEIDUNG fertig und nach Maß, kauft man am vorteilhaftesten im Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Mees & Löwe Karlsruhe (Baden) Kaiserstraße Nr. 46

ZIGARENNAUSSTATTUNG KARLSRUHE Ecke Karl- u. Amalienstraße Ecke Karl- u. Neue Bahnhofstraße

Kinderwagen mit RIFTEL am Ludwigsplatz KARLSRUHE

Göricke-Fahrräder und Motorräder bestes Qualitätsrad bei günstiger Zahlungsweise
O. Fischer & Co. Karlsruhe i. B. Akademiestrasse Nr. 32

Schuhhaus Ammann Lammstraße 12 Größte Auswahl in Sport-Stiefel Als aktiver Sportfreund gewähre ich Sonderpreise

P. BACH KARLSRUHE WERBEVERLAG FÜR REKLAME ALLER ART

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg von Bruno Schönfelder

(Fortsetzung)

Niemand hatte den Mann, der sich Eisenberger nannte, je bewaffnet gesehen, niemand wußte, was er eigentlich tat, niemand konnte ihn leiden oder traute ihm, aber niemand band mit ihm an, denn zu schnell ging seine Zunge, die dem Gegner das Wort im Munde umdrehte. Dazu hatte er viel Geld, mit dem er nicht sparte, was ja stets Anhänger und Mißstreiter schafft.

Da Lambert, ruhelos wie er war, alles doppelt scharf beobachtete, fiel ihm das verräterische Treiben Eisenbergers besonders auf.

„Warte“, sagte er, „dir lege ich noch das Handwerk, vielleicht wird meine Eünde weniger hart beurteilt, wenn ich die Welt von so einem Schuft befreie!“ Deshalb weichte er auch Rohrnagel und Schaal nicht in seine geheimsten Pläne ein. Ohne es zu ahnen, hatte Eisenberger einen grimmigen Feind erhalten, der ihn nicht aus den Augen ließ.

Als sich das Bauernheer auf dem Wege von Nürtingen nach Degerloch bei Stuttgart befand, erntete Eisenberger die ersten Früchte seiner Vöberei: es kam in Degerloch zum offenen Aufbruch gegen Feuerbacher, weil dieser das dortige Kloster verschont hatte. Andere Bauernhäuser hätten es ohne weiteres geplündert und angezündet, Feuerbacher aber hatte es unterlagert und damit den erwünschten Grund zur Empörung gegeben. Unglücklicherweise befand er sich nicht im Lager, sondern war mit den meisten Hauptleuten dem Heer vorausgeeilt, was die Erhebung erleichterte. Die Bauern rotteten sich zusammen und beizichtigten ihn des Doppelspiels: Feuerbacher sei nach Eßlingen entflohen, weil er, vom Kreuzhof bestochen, Württemberg an den Bund verraten wolle; er sei ein Schelm und müsse durch die Spieße! Erst nach langem Bemühen konnte die Meuterei gestillt werden.

Für Lambert und seine Freunde stand es von vornherein fest, daß niemand anders als Eisenberger diesen Aufbruch angezettelt und die Verdächtigungen ausgeprengt hatte. Doch konnten sie keinen bündigen Beweis erbringen. Darum übermachte Lambert den Verdächtigen mehr denn je und hatte auch Glück. Noch war der Aufbruch nicht beendet, da verließ Eisenberger bei beginnender Dunkelheit das Lager und schlich bis zu der einsamen Kapelle bei Neuhäusen. Hier erwarteten ihn zwei Reisläufer, mit denen er lange verhandelte. Leiber trugen beide seine Abzeichen, ebenjowenig konnte Lambert, der Eisenberger nachgeschlichen war, das Gespräch verstehen. Bauern waren es keinesfalls, das war leicht zu erkennen. Nach Beendigung der Unterredung entfernten sich beide in der entgegengesetzten Richtung. Nach dem Schlußbuch, wie Lambert später von Ortstündern erfuhr — es waren demnach feindliche Boten. Nun lag die Sache klar, jetzt konnte gegen Eisenberger vorgegangen werden, weshalb Lambert nach Rücksprache mit seinen beiden Gefolgsleuten dem Stuttgarter Fähndrich Martin Mittel den Vorfall meldete.

Inzwischen hatten sich die Empörer beruhigt. Raun war aber Eisenberger wieder im Lager, so begann der Aufbruch abermals; verschiedene Häuser rotteten sich von neuem zusammen und erhoben unter lautem Geschrei feindliche Anklage: Feuerbacher sei doch ein Verräter, er habe mit Herzog Ulrich in Verbindung und wolle Land und Volk an diesen verraten, sonst hätte er des Herzogs Schreiben, das er erhalten, der Gemeinde nicht untergeschlagen. Niemand kam gegen die Lobenden auf, und alle Versuche, sie zur Ruhe zu bringen, schlugen fehl; schwiegen die einen, so lärmten die andern, hörten die ersten auf, so fingten die letzten wieder an, und die Beschuldigungen wurden so überzugend vorgebracht, daß auch nächsten Bedenke unsicher wurden. Eisenberger war zufrieden, sein Gift wirkte, konnte aber gegen Feuerbacher doch nicht viel ausrichten. Als Teile des Gewalthausens nach ihrer Ankunft in Degerloch vor des Hauptmanns Herberge traten und mit großem Geschrei unter Androhung des Spiessens ihre Anschuldigungen gegen ihn unmittelbar erhoben, erreichten sie nichts, denn der furchtlose Mann ließ sich nicht einschüchtern. Er bestieg seinen Gaul, ritt mitten unter die Meuternden, verteidigte sich und brachte sie zur Vernunft. Es wurde ihm dadurch erleichtert, daß er mit gutem Willen schwören konnte, keinen Brief von Herzog Ulrich erhalten zu haben. Feuerbacher schloß mit den Worten: „Wir sind nicht Herzog Ulrichs wegen; Herzog Ulrich geht uns nichts an, der Kaiser ist unser Herr, Gott zu voraus, den wollen wir haben. Wir sind hier Gottes Wortes wegen, das selbe aufzurichten und wo er mag, rechtlos zu sein, dem zu Recht zu helfen!“ Zugleich erklärte er sein Amt niederlegen und den Oberbefehl abgeben zu wollen. Aber niemand fand sich, seine Stelle zu übernehmen, so schwer erschien die Bürde; und so blieb Feuerbacher fernerhin oberster Hauptmann.

Die Stimmung des Heeres wurde immer schlechter, Unzufriedenheit, Mißtrauen und Ungehorsam griffen gleich einer Seuche immer weiter um sich, und nur die Tüchtigkeit der Hauptleute, besonders Feuerbachers und Gerbers, hielt die Leute noch zusammen, sonst hätte die Württembergische Bauernbewegung schon in Degerloch ihr Grab gefunden. Eisenberger aber trieb sein Vorhaben, Volk und Führer zu trennen, offenkundig denn je, wobei er absichtlich oder fahrlässig nur zu sehr unterstützt wurde. Tatenlos mußten die Freunde zusehen, wie er bei jeder Gelegenheit arglistige, vergebende Worte fallen ließ, wie sie von anderen weitergetragen wurden, wie sie zerlegend wirkten und nur zu schnell auch das Vertrauen unter-

gruben. Sie hatten von den Württembergischen Hauptleuten leider nur den Auftrag erhalten, Eisenberger und seine Helfershelfer zu überwachen und sie erst bei nachweisbarem Verrat oder auf frischer Tat festzunehmen. „Dann wehe ihnen!“ hatte Gerber gerufen. „Räufende Buchenäste für solches Gellächter gibt es genug im Württembergischen Lande, und an Striden fehlt es auch nicht!“

Ganz unrecht hatten die Meuterer bei ihrer Beschuldigung, daß Verhandlungen mit Herzog Ulrich beständen, nicht gehabt, wenn auch Feuerbacher keine Schuld traf; es war tatsächlich ohne sein Wissen ein Schreiben des Herzogs im Lager eingetroffen. Der Bote hatte die Hauptleute zu Nürtingen vermutet und dort nach ihnen gesucht, wodurch das Gerücht, das künstlich aufgebaut zu einem Aufbruch führte, entstehen konnte.

Länger als fünf Jahre war Herzog Ulrich bereits vertrieben. Aber nicht tatenlos brachte er die Verbannung in Nömpelgard, in der Schweiz oder auf dem Hohentwiel zu, sondern bemühte sich fortwährend, in Württemberg wieder festen Fuß zu fassen. Im Herbst 1519 war es ihm durch Handreich halb und halb geglückt, und er hatte sogar Stuttgart gewonnen, konnte sich jedoch nur kurze Zeit im Lande halten, denn nach den Gefechten am Neckar, fast vor Stuttgarts Toren, mußte er der Uebermacht weichen und Württemberg dem Bund erneut überlassen. Ein zweites Mal hatte er es im Februar 1525 verlust. Einige tausend Schweizer waren ihm gefolgt, an Geschützen fehlte es gleichfalls nicht, auch konnte er in Württemberg auf Zulauf rechnen, denn ihm schlugen die Herzen entgegen, während die österreichische Herrschaft allgemein verhaßt war. Anfangs hatte Ulrich wieder Glück, schnell rüdte er bis Böblingen und Sindelfingen vor, aber dann verließ es ihn. Zu sehr spielte er den Herzog und verletzte die Bauern und Schweizer, am verhängnisvollsten wurde ihm jedoch der dreitägige Erholungstrunk bei den Wänden in Sindelfingen, denn, während er dort lag und sich vernünftige, gelang es dem Truchseß, zweitausend Mann mit schwerem Geschütz in das schwachbesetzte Stuttgart zu versetzen, so daß Herzog Ulrich die Stadt trotz längerer Beschießung nicht erobern konnte. Zum Ueberflus wurde die Schweizer auch noch schwierig und verriet ihn in ähnlicher Weise wie im Frühjahr 1519, ja sie versuchten in ihrer Geldgier sogar, den Herzog gefangen zu nehmen und den Bündnissen auszuliefern. Es lag nicht an ihnen, daß diese Schurkerei mißlang und Ulrich noch glücklich nach dem Hohentwiel entkam, womit das kriegerische „Palmnachtspiel“ ein Ende hatte.

Nach dem mißglückten Zug im Februar wollte er es nunmehr auf andere Weise versuchen. Ging es nicht mit Hilfe des Adels, so mußten die Bauern helfen, ging nicht mit dem Stiefel (Ritter), so ging es mit dem Schuh (Bauer), und deshalb bemühte er sich jetzt, mit den Aufständischen Verbindungen anzuknüpfen. Anfangs mißtrauten ihm die Segauer, später fand er dagegen bessere Aufnahme, so daß er Ende April in ihr Lager ritt, mit ihnen unterhandelte, die Artikel anerkannte und dem Hausen zuschwor. Schon am 2. Mai stieg er mit etwa fünfzig Pferden und Geschütz zu ihrem Aufbruch.

Gleichzeitig versuchte er, sich den Württembergern zu nähern, und sandte den erwähnten Brief, in dem er unter anderem schrieb: Er hoffe, daß sie, nachdem sie einen größeren Teil des Landes eingenommen hätten, nichts zu seinem Nachteil vornehmen würden. Der Inhalt wurde im Ring der Hauptleute vorgelesen und in einem kurzen Schreiben, worin die Württembergischen Grundzüge betonten, beantwortet. Niemand haben aber beide Teile nicht davon gehabt, vielmehr brachten die Unterhändler des Herzogs nur noch mehr Gegensätze in das Lager der Bauern.

(Fortsetzung folgt.)

Die Tragödie einer Bergwerkstadt

Die Stadt Delsnik im Erzgebirge, der Hauptort des bekannten August-Deisenhofer Steinlohnereibes in Sachsen, ist zum Teil dem Untergang geweiht. Die Hauptgrube des Bergbaukapitals verhubet diese Tragödie. Ein Teil der Stadt wird rettungslos versinken, weil die in 8 bis 900 Meter Tiefe unter der Stadt vorgegraben Stollen nach dem Abbau ohne die Vorkehrung jeglicher Sicherungsarbeiten einfach verlassen worden sind. Schon vor einem Vierteljahrhundert zeigten sich in bedrohlicher Weise die ersten Erdstöße, doch vorübergehend einmal eine neugebaute Stütze nicht mehr benutzt werden konnte. Die Erde, auf der der ältere Stadtteil liegt, ist fortwährend in Bewegung. Das Städtchen das früher zu einer der wohlhabendsten Gemeinden zählte, ist heute das Opfer des Raubbaues einer Kohlengrube geworden. Hier vollzieht sich die Tragödie einer Stadt, die auf ein Jahrhundert altes Wesen zurückblicken kann, und die heute den Naturereignissen fast machtlos gegenübersteht, weil es an den nötigen Geldmitteln und am energischen Eingreifen des Staates fehlt.

Einstem liegt der Ort zwei gute Bahnstunden von Chemnitz entfernt, an den nördlichen Ausläufern des Erzgebirges. Es ist ein Hauptort des Steinlohnereibes in Sachsen. Aus achtzehner Jahren Tiefe wird die Kohle ans Tageslicht gefördert. Das Städtchen trägt, trotzdem es in unmittelbarer Nähe liegt, die typischen Merkmale eines Bergwerkortes, die Häuser sind klein, verengt und ohne Schmuck, schnell bingestellt zur Unterbringung der Bergarbeiter. Schon seit 1844 wird hier der Kohlenbergbau betrieben. Doch ragen die Felsenklüfte in die Luft, mächtig türmen sich die Galden an den Ausgängen der Stadt zu kleinen Bergen auf. Die feste Kohle wurde unter der Stadt selbst gefunden; vor dem Kriege wurden lange Stollen vorgegraben, um diese Kohle zu gewinnen. Diese Kohle war eine der begehrtesten in Deutschland, die Jede wußte große Gewinne ab, und man holte deshalb aus dem Erdbinnen heraus, was man konnte. Eine Tages aber war die Kohle zu Ende. Da ließ man alles liegen, wie es war, und hing andernwärts an zu bohren.

Ein Jahrzehnt später schon machten sich die Folgen bemerkbar. Am Zentrum der Stadt, dem alten Delsnik, „Meisterhausviertel“, genannt, mit seinem aus dem Anfang und der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammenden Häusern, zeigten sich an den Gebäuden plötzlich große Risse. Zuerst besterte man die

Hände wieder aus. Aber schon in kurzer Zeit zeigten sich neue Risse. Nun forschte man genauer nach und stellte zum Entsetzen der ganzen Einwohnerschaft fest, daß sich die Erde unaufhaltsam senkte. Mitten durch das Viertel fließt der „Hogebach“. Er wurde vor geraumer Zeit überdeckt, um die Straße zu verbreitern. Durch die Erdsenkung wurde auch das Beden des Baches in Mitleidenschaft gezogen, es senkte sich so tief, daß das Wasser auf der anderen Seite keinen Abfluß mehr hatte und das Wasser sich stautete. Die Beschädigung an den Häusern wurde immer stärker; ein großes Wohnhaus mußte plötzlich, von einem Tag auf den anderen, geräumt werden, weil Einsturzgefahr drohte. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Erde um drei Meter in die Tiefe gesenkt. Dieser Prozeß vollzieht sich unaufhaltsam weiter. Der hohe Bergwerkstollen, 800 Meter unter der alten Stadt, hielt dem Druck nicht mehr stand; langsam schoben sich die Erdmassen von oben nach. Das freilichste Versinken der Bodenverhaltung, die Gruben wieder aufzufüllen, zeigt jetzt fürchterliche Folgen. Durch die Erdsenkung ist der ganze Stadtteil, das Geschäftsviertel und Zentrum des Ortes, gefährdet. Der Anblick, der sich dem Fremden gewährt, ist tröstlos. Die Wände der Häuser sind schief, Türen und Fenster schließen nicht mehr, Fußböden und Wände weisen große, meterbreite Risse auf. Ein villenartig gebautes, neues Wohnhaus, erst wenige Jahre alt, neigt um 60 Zentimeter zur Seite. Das Stauwasser des Hogebaches hat die Keller der Häuser überschwemmt. Nun hat die Stadt eine Dampfpumpe aufgestellt, die Tag und Nacht für den Abfluß des Baches zu sorgen hat. Ein kurzer Gewitterregen genügt aber, um das ganze Viertel meterhoch unter Wasser zu setzen. Sehr oft haben die Geschäftsleute alle Hände voll zu tun, um ihre Waren zu retten. Etwa 40 Wohnhäuser sind ernstlich bedroht, etwa zehn müssen sofort abgerissen werden, um die Bewohner nicht der Einsturzgefahr auszusetzen. Einige Häuser sind bereits niedergegriffen worden. Manche Bewohner weigern sich hartnäckig, das Haus, die Heimatsholle der Familie durch Generationshindernisse zu verlassen. So mußten zwei Frauen, als die Gefahr am höchsten war, gewaltsam aus ihrem Haus geholt werden. Sie hatten das Haus fest verschlossen, so daß die Hauskuren eingeschlagen werden mußten, als das Wasser bereits im unteren Stockwerk stand. Die Geschäftsleute sind in großer Not, weil sie ihre tägliche Verkehrswege einbüßen. Die Stadtverwaltung hat, um ihnen zu helfen, einstweilen in der Nähe Holzbaracken mit Läden errichten lassen. Mochschliche der Wasserleitung sind an der Tagesordnung, weil die Kohle durch die Erdstöße bersten. Außerhalb der Stadt hat sich eine Strecke der Landstraße ebenfalls plötzlich um einige Meter gesenkt. Es ist, als ob hier die Stadt auf vulkanischem Boden stände. Das ganze „Meisterhausviertel“ wird abgerissen werden müssen; ob es jemals wieder bebaut werden kann, ist fraglich, jedenfalls werden Jahrzehnte vergehen. Unaufhaltsam vollzieht sich hier die Tragödie eines einsamen Bergwerkstädtchens...

Die Stadtverwaltung macht fast übermenschliche Anstrengungen, um die Gefahren einzudämmen. Sie beschäftigt, an Stelle des verfallenden Meisterhausviertels einen neuen Stadtteil an der Peripherie der Stadt zu erbauen. Wer sie bedarf hierzu größerer finanzieller Hilfe. Sie liegt mit der Bodenverhaltung, die nach dem Bergschadensgesetz für die Stadt entwerfenden Schäden verantwortlich ist, dauernd in Beden. Die schuldige Beden macht allerlei Ausflüchte und geht die so notwendige finanzielle Hilfe immer mehr in die Länge. Die Stadt hat sich bereits mehrfach um Hilfe an die Reichsämter gewandt. Aber das, was sie erreicht hat, war nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Hier ist energisches Eingreifen des Reiches oder des Reiches notwendig, um größeres Unheil zu verhüten. Die Zustände in Delsnik spotten jeder Beschreibung und sind eines Landes von der hohen Kulturstufe Deutschlands unwürdig. Hier können nur durchgreifende Maßnahmen helfen. Dann wird auch Delsnik wieder ausflühen, dann wird es vor allem auch möglich sein, andere Industrien, die sich auf dem weiten Gelände in der Umgebung der Stadt unter den denkbar günstigsten Bedingungen ansiedeln können, unterzubringen.

Theaterkulturverband Karlsruhe

Der Theaterkulturverband Karlsruhe ist in dem vergangenen Winter in sein hiebisches Vereinsjahr eingetreten. Er wurde i. J. ins Leben gerufen, um in weiteren Kreisen unserer Stadt das Verständnis für die kulturelle Bedeutung der Schauspielkunst sowie das Interesse für dramatische Literatur und Bühnenkunst zu wecken und zu fördern und damit dem Theater, in dem der Verein einer der wichtigsten und wirkungsvollsten Kulturinstitute sieht, zu dienen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe veranstaltet der Theaterkulturverband jährlich eine größere Anzahl von Vorträgen aus dem Gebiet der Theaterkultur, der Bühnenkunst und der Literatur, sowie Einführungsvorträge in schwierige Bühnenwerke, die am Landestheater in Szene gehen. Um seine Mitglieder und Freunde über die wichtigen Neuererscheinungen der dramatischen Literatur auf dem Laufenden zu halten, werden in den literarischen Abenden, Dramen, die am Landestheater nicht zur Aufführung kommen, nach sorgfältiger systematischer Auswahl durch Bühnenkünstler zum Vortrag gebracht. Der Theaterkulturverband ist auch schon mit Freizeitspausführungen im Schloßgarten und im Einklinger Naturtheater vor die Öffentlichkeit getreten. Alle Veranstaltungen haben sich auf einer beachtenswerten geistigen und künstlerischen Höhe bewegt. Für die Vorträge wurden namhafte Mitarbeiter von Karlsruhe und auswärts, darunter hervorragende Literaturhistoriker deutscher Hochschulen, gewonnen.

Nach dem in der letzten Mitgliederversammlung erstatteten Geschäftsbericht zählt der Theaterkulturverband mehrere hundert Mitglieder. Der Mitgliederstand hat sich gerade in letzter Zeit erfreulich gehoben. Die jährliche Inflationszeit wurde gut überwunden; die Kasse des Vereins ist zufriedenstellend. Der Mitgliederbeitrag soll halbjährlich erhoben werden; er soll dazu verwendet werden, für die Mitglieder einen erheblich ermäßigten Eintrittspreis für alle Veranstaltungen zu ermöglichen. Bedauert wurde in der Mitgliederversammlung, daß der Theaterkulturverband von maßgebenden Stellen in verschiedenen Theaterfragen nicht so zur Mitarbeit herangezogen wurde, wie er dies, gestützt auf seine Leistungen und Bestrebungen, auf seine Erfahrungen und seinen Mitgliederkreis hätte erwarten dürfen. Die enge und freudvollste Zusammenarbeit mit der Volksbühne, die vom Th.R.V. gegründet wurde, sowie mit der Gesellschaft für deutsche Bildung fand dankbar Anerkennung.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Es gehören ihm an: W. Günther, Regierungsrat, 1. Vors.; Dr. Doll, Prof. an der Technischen Hochschule, 2. Vors.; Henningberger, Poststr. 1, Schriftführer; Dr. Deffering, Prof. an der Landesbibliothek, 2. Schriftführer; Konrad Nicolai, Präsident der Handelskammer, 1. Kassier; Kaufmann C. Otto Müller, 2. Kassier; Rechtsanwalt Geinsheimer, Arbeiterkreise 6, 15 als Beisitzer. Neu hinzugewählt wurde der Direktor des Bad. Konjunktatoriums, Franz Philipp.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 21. April

Geschichtskalender
21. April, 1488 Ulrich v. Hutten auf Burg Siedelberg bei Judau. — 1888 Der „Sozialdemokrat“ wird aus der Schweiz ausgewiesen. — 1924 Die ital. Schauspielerin Eleonore Duse in Pittsburg.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe
Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Donnerstag abend 8 Uhr im kleinen Rathssaal Fraktionsversammlung. Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen.

Herr Oberbürgermeister a. D. Siegrist macht Stimmung gegen Marx

Bei der letzten Reichstagswahl ist bekanntlich der Hypothetengläubiger- und Sparsparverband unter Führung vom seinerzeit nicht wiedergewählten Stadtoberhaupt der Stadt Karlsruhe, Herrn Siegrist, sehr warm für die Stimmabgabe zugunsten der deutschnationalen und volksparteilichen Kandidaten eingetreten, weil nämlich diese Parteien die größten Versprechungen den Sparern machten oder besser gesagt, die Sparspar- und Hypothetengläubiger in der gemeinsten Weise aufschwanden. Von all den großen Versprechungen dieser beiden Parteien wurde keine erfüllt, sondern als einziges Produkt von der Regierungsbillichkeit der deutschnationalen und Volksparteier kam ein sogen. Aufwertungs-Gesetzentwurf heraus, der so miserabel war, daß er ein noch elenderes Nachwerk wie die 3. Steuernotverordnung darstellt und einer Verbesserung all der armen Gläubiger gleichkommt. Diese Entwürfe wurden von der Sozialdemokratie infolge ihrer Unzulänglichkeit abgelehnt und auch die sofortige Aufhebung der 3. Steuernotverordnung beantragt. Sie brachte einen schon früher von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag erneut ein, der aber jetzt — da die Deutschnationalen Regierungspartei geworden sind — von derselben Partei abgelehnt wurde.

Die Sparern um sind natürlich mit Recht über diese Behandlung durch die deutschnational-volksparteiliche Reichsregierung recht empört und auch die hiesige Ortsgruppe des Spar- und Hypothetengläubiger-Sparverbandes hatte am letzten Freitag zu einer Protestversammlung eingeladen, in der Oberbürgermeister a. D. Siegrist über das Aufwertungs-gesetz und den Gesetzentwurf über die öffentlichen Anleihen referierte. Er übte dabei mit Recht scharfe Kritik an diesen Gesetzentwürfen. Was aber Herr Siegrist verschwiegen, das war die Tatsache, daß dieselben Parteien dieses elende, empörende Nachwerk geschaffen haben, zu deren Wahl derselbe Herr Siegrist sich so fleißig ins Zeug legte. Dafür urteilte er recht ungünstig über die Zentrumsabgeordneten Dr. Witz und Marx, sodaß er bei der Versammlung auf starken Widerstand stieß, denn man hatte das Empfinden, als wolle Herr Siegrist eine Wahlrede zugunsten des Kandidaten Marx und für Hindenburg halten.

Herr Siegrist mag die Sache drehen und wenden wie er will, denn fest steht, daß er bei der letzten Reichstagswahl zur Wahl der größten Gegner der Aufwertung aufzuforderte, wie ja die Haltung der Deutschnationalen und Volksparteier in der Reichsregierung beweist. Unser zurüdgekehrtes Oberhaupt wird deshalb begreifen, wenn man vor seiner Führerqualifikation keine allzu große Achtung hat.

Wird es zum Streik im Baugewerbe kommen?

Ober werden die Herren Bauunternehmer noch in letzter Stunde zur Vernunft kommen und die von der Schlichtungskommission in Karlsruhe ausgesprochene Lohnerhöhung anerkennen? Dies ist die Frage, die alle diejenigen, die ein Interesse am ruhigen Fortgang unseres Wirtschaftslebens haben, außerordentlich interessiert. Zur Sache selbst diene folgendes:

Weil die Löhne der Bauarbeiter absolut unzureichend sind, wurde durch die beteiligten Bauarbeiterverbände das Lohnabkommen am 1. April auf 16. April ds. Js. gekündigt. Am 9. April fanden bereits Verhandlungen statt und zwar auf Wunsch der Arbeitgeberverbände direkt vor dem Bad. Schlichter Herrn Landrat Stehle. Es wurde eine Schlichtungskammer gebildet und diese fällten einen Schiedspruch, der für die Bauarbeiter eine 15prozentige Lohnerhöhung ab 16. April vorsah. Die Bauarbeiter haben diesen Schiedspruch angenommen, die Arbeitgeberverbände haben ihn abgelehnt. Aus letzterem Grunde fand am Samstag, den 18. April eine Versammlung der Bauarbeiter im „Friedrichshof“ in Karlsruhe statt, die als Ergebnis die Annahme folgender Entschlieung hatte:

Die am Samstag, den 18. April 1925 in Karlsruhe im „Friedrichshof“ tagende Vollversammlung der Bauarbeiter nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Lohnverhandlungen vor dem Badischen Schlichter, Landrat Stehle. Obwohl das Ergebnis der Verhandlungen, wonach der Dacharbeiter ab 16. April 10 % und der Hilfsarbeiter 90 % pro Stunde erhalten sollen, nicht ganz befriedigt, schließt sich die Versammlung dem Beschluß der Baubelegierten vom 15. April an und erklärt auch ihrerseits die Annahme des Schiedspruchs.

Den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes aber, die den Schiedspruch abgelehnt haben, spricht die Versammlung ihre schärfste Mißbilligung deshalb aus, weil die Arbeitgeber Verbände bei jeder Lohnbewegung, also auch bei der schwachen, den Beweis erbracht haben, daß sie nicht das geringste Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter haben. Die Versammlung ist nun einmütig der Auffassung, daß als Antwort auf das rückständige Verhalten der Arbeitgeber nur der Streikbeschluß das richtige wäre. Mit Rücksicht auf die derzeitige Wohnnunsnot in Karlsruhe aber und mit Rücksicht auf die Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens im Baugewerbe, stellt die Versammlung den Streikbeschluß noch einige Zeit zurück und erklärt ihr Einverständnis, daß beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt wird.

Weiter beauftragen die Versammelten den Bezirksausschuss, sowie die Leitung der Baugewerkschaft Karlsruhe, daß sie, wenn bis längstens 30. April die Entscheidung beim Reichs-

arbeitsminister nicht gefallen ist, am 1. Mai mittags 10 Uhr eine weitere Vollversammlung einberufen, in welcher endgültig über die event. vorzunehmenden Ramschhandlungen beschlossen werden soll.

Die Verbindlichkeitsklärung ist bereits beim Reichsarbeitsminister beantragt. Sollten die Bauarbeiter auch hier nicht auf ihre Rechnung kommen, oder sollte gar die Erledigung dieser Sache von dem Reichsarbeitsministerium auf die lange Bank geschoben werden, dann wird es wohl bei den Bauarbeitern kein Halten mehr geben. Der Streik wird unvermeidlich sein und die Verantwortung für eine solche Störung im Wirtschaftsleben werden diejenigen, die kein Verständnis für die schlechte Lage der Bauarbeiter haben, tragen müssen.

Deutscher Baugewerksbund Karlsruhe. Tagung des Volksbundes deutscher Kriegergräberfürsorge

Seinen 7. Vertretertag hielt der Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge am Sonntag, 18. April, in der hiesigen Landeskapitalkirche ab. Aus allen deutschen Gebieten waren Vertreter erschienen. Den Auftakt der Tagung bildete ein Vortragsabend am Freitag abend in der Festhalle, über dessen Verlauf wir ja schon am Samstag berichtet haben.

Der Vertretertag selbst, der im Landtagsgebäude abgehalten wurde, wurde von dem Präsidenten Siegrist eröffnet, der in seiner Ansprache auch u. a. der verstorbenen Mitglieder gedachte. Es wurde sodann ein Schreiben des Reichstanzlers bekanntgegeben, worin dieser der Tagung seinen besten Wunsch äußerte. Ferner hatten durch entsprechende Schreiben oder durch Entsendung von Vertretern Reichs- und Landesregierungen, Landesministerien, das österreichische Schwarze Kreuz und sämtliche Reichsministerien der Tagung ihr Interesse bekundet. Der von dem Generalsekretär Dr. Guleu erhaltene Geschäftsbericht zeigte die umfängliche Arbeit, die vom Volksbund auch im vergangenen Jahr geleistet worden ist, die aber noch mancherlei Bemerkungen dadurch findet, daß in die Arbeit der Landesgruppen auf den Kriegerfriedhöfen in Frankreich in keiner Weise eingegriffen werden darf. Durch ein enges Netz von Verbindungskomitees ist der Volksbund jederzeit über die Instandhaltung der Kriegerfriedhöfe unterrichtet. Auf einer Reihe von Friedhöfen im Westen wurden alle Grabkreuze durch neue ersetzt und Anpflanzungen vorgenommen. Daneben gebührt den Geistlichen in Frankreich, die in vorbildlicher Weise helfen. Am Volkstrauertag wurden auf 41 französischen Kriegerfriedhöfen Kränze niedergelegt. Besonders entgegenkommen findet der Volksbund im Elsaß, wo sich Gemeindevorsteher und Geistliche der Kriegergräber annehmen. Der Generalsekretär berichtete dann über die Zustände der Friedhöfe in Rumänien, in Serbien und in Ungarn, sowie in Polen und Galizien, über den Friedhof in Biederbühl und über die Friedhöfe in Italien. Wie umfangreich die Tätigkeit des Sekretariats des Volksbundes ist, geht daraus hervor, daß im vergangenen Jahr über 15 000 Anfragen eingingen und über 5500 schriftliche Auskünfte gegeben wurden. Der Volksbund umfaßt 38 Verbände mit 747 Ortsgruppen; er hat im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 100 Ortsgruppen zu verzeichnen gehabt.

Für die umfangreiche und gewissenhafte Tätigkeit wurde dem Generalsekretär und allen im Büro des Volksbundes tätigen Kräften aufrichtiger Dank gesagt. In einer ziemlich ausgedehnten Aussprache wurde der Tätigkeit des Bundes Zustimmung entgegengebracht und Einzelfragen erörtert. In der Nachmittags Sitzung wurde beschlossen, die Zahlen des Geschäftsberichts im nächsten Jahr vorher den Verbänden gedruckt zur Verfügung zu stellen. Der eigentliche Tätigkeitsbericht soll aber künftig mündlich erstattet werden. Im folgenden berichteten Oberpostamt E. Wagner von Breslau über seine Eindrücke beim Besuch von Kriegerfriedhöfen im Osten und Baurat K. M. M. von Karlsruhe über seine Besuche im Elsaß. Darauf wurde eine Reihe rein geschäftlicher Angelegenheiten erörtert. Als Mindestbeitrag für die Jahre 1925 und 1926 wurde je eine Mark bestimmt. Eingehend erörtert wurde der Kauf eines Hauses in der Nähe von Tempelhof (Berlin), worin die Hauptgeschäftsstelle untergebracht werden soll. Das Haus wird etwa 110 000 M. kosten. In dem Hauslauf wurde neben zustimmenden Bemerkungen auch von mehreren Vertretern, so denen von Frankfurt, Karlsruhe und München, ein ablehnender Standpunkt eingenommen, sodaß schließlich der Vertretertag sofort eine Kommission einsetzte, die nochmals die geschäftlichen Gesichtspunkte überprüfen sollte.

Nach Erledigung verschiedener Sachangelegenheiten wurde der Arbeitsplan für die nächste Zeit festgelegt, der sich u. a. auf die Volkstrauertag auf deutsche Kriegergräber im An- und Ausland, auf die Volkstrauertag durch Polen und auf Auslandsreisen erstreckt. An dem Gräberschmuck am Totensonntag und am Volkstrauertag soll auch in Zukunft festgehalten werden. Ueber die Auskunftsverteilung wurde verschiedentlich Klage geführt. Eingehend befaßte sich die Versammlung mit dem Verbandsdienst, der noch besser als bisher ausgebaut werden soll. Der Bundesvorstand wird in seinen Bemühungen, für den Volkstrauertag eine gefestigte Grundlage zu schaffen, weitergehen. Die Kommission soll dem Plenum vor, den Hausauftrag abzuweilen, daneben soll der Bundesvorstand so rasch wie möglich die Geschäftskreise anderweitig unterbringen.

Bei der nun darauf vorgenommenen Wahl wurde Präsident Siegrist einstimmig wiedergewählt, ebenso der gesamte Bundesvorstand. Hinsichtlich der Bestimmung des nächsten Tagungsortes wurde die engere Wahl der vorliegenden Einladungen dem Vorstand überlassen.

Warnung des Verkehrsvereins

In letzter Zeit sind verschiedentlich Vertreter von Reklame-Unternehmungen bei hiesigen Geschäften von Haus zu Haus gegangen, um angeblich im Auftrag oder auf Empfehlung des Verkehrsvereins Ankerate und andere Reklameaufträge zu sammeln. Der Verkehrsverein macht durch Reklameaufträge darauf aufmerksam, daß alle Reklameverträge, die in seinem Auftrag oder mit seiner Unterstützung Geschäftsangelegenheiten oder dergleichen formell, schriftlich, mit Vereinsstempel besichene Anträge des Verkehrsvereins betreffen, während alle anderen, nicht mit Ausweisen versehenen Reklameaufträge abzuweisen sind. In einem Fall, in dem der Name des Verkehrsvereins mißbraucht wurde, ist Strafverfolgung bei der Polizei wegen Betrugs erstattet worden.

(2) Tulpen im Stadtpark. Die Tulpen, diese prächtigen, forstfrohen Vertreter des erwachenden Frühlings, haben schon mehrere Jahre im Stadtpark gefehlt, weil die Zwiebel dieser schönen Pflanze aus Holland bezogen werden müssen und bis zum vorigen Jahre eine Kontingenterung der Einfuhr der Blumenzwiebel stattfand. Nachdem diese gefallen ist, hat der Stadtpark wieder sich einen ansehnlichen Bestand von Blumenzwiebeln gesichert, die s. Z. in schöner Weise aufgestellt sind. Freunde dieser herrlichen Frühlingsschmucke können deshalb ein Besuch des Stadtparks zur Verichtigung der Tulpen empfohlen werden.

(3) Georg Verwehfeier. Aus Anlaß des am 7. April d. Js. zum fünfzigsten Male wiederkehrenden Todestages Georg Verwehs, Vorsitzender der Deutsche Arbeiter-Lohnkämpferbund, entsprechend der Bedeutung dieses Freiheitskämpfers am heutigen Abend 8 Uhr im Jugendheim, früheres Duffenheim (Gde. Müpp-

burger- und Baumeisterstraße) eine **Gedenkfeier**. Geleitbandtagsgedächtnisfeier Saal des Hofes wird die Gedenkfeier. Außerdem gelangen Musik- und Gesangsbeiträge zur Aufführung. Wie alle Veranstaltungen des Arbeiter-Lohnkämpferbundes aus der letzten Zeit, so verpricht auch der heutige Abend einen vollen Genuß. Sämtliche Parteien- und Gewerkschaftsmitglieder sind eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Aus den Vororten

Müppurr, Freitag, 24. April, abends 8 Uhr, findet im „Gischhorn“-Saal eine große öffentliche Versammlung der drei republikanischen Parteien statt. Es sprechen Reichstagsabg. Schöpflin, Stadtrat Witz aus Gailberstadt und Stadterordneter Albert Braun. Alle Einwohner von Müppurr und der Gegend sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Karlsruher Polizeibericht vom 21. April

Anfall. Ein 19 Jahre alter Getreidemittelreifer von hier wurde gestern vormittag in einem Hause in der Volkshausstraße in dem Augenblick als er den Kopf durch ein an der Türschloßkante des Fahrstuhlhauses befindliches Fensterloch steckte, von dem in der Höhe befindlichen Personenaufzug erfasst und gegen die Kante des Fensterloches gedrückt, wobei er lebensgefährliche Halsverletzungen erlitt. Er wurde von zwei Schloßerlehrlingen in das städt. Krankenhaus eingeliefert.

Wegen Mißbrauch gelangten durch die Beamten der hiesigen Nahverkehrspolizei zur Anzeige: 6 Landwirte beim Eßfeldener Hof, 2 Landwirte aus Binsheim, 2 Landwirte aus Gengenheim, 2 Landwirte aus Weingarten, einer aus Weismenreut und eine Landwirtschweizerin aus Gaffert.

Freudiges Ereignis. Auf dem Wege zum Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus wurde heute nacht zwischen 2 und 3 Uhr auf einer Straße beim Müppurrer Tor eine 30 Jahre alte Frau von einem freudigen Ereignis überrascht. Die Frau, die vom Polizeibeamten nach der nahegelegenen Polizeiwache verbracht wurde, ist, nachdem die Entbindung durch eine Hebamme durchgeführt war, mit dem Kinde durch das Sanitätsamt in das Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus verbracht.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
für Mittwoch, 22. April: Zeitweise heiter, allgemein trocken, etwas wärmer.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 172, gef. 30; Rehl 298, gef. 38; Pöggau 144, gef. 1; Rammheim 362, gef. 9 Zentimeter.

Markt und Handel

* Färberei Fring A.-G. Karlsruhe. Die Generalversammlung am 16. April genehmigte den Abschluß und die Dividende von 5 Prozent. Wie mitgeteilt wurde, lasse das bisherige Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres hoffen, daß für 1925 eine höhere Dividende verteilt werden könne, vorausgesetzt, daß die wirtschaftliche Lage sich nicht verschlechtere.

Badische Lokomotivfabrik, A.-G. Die außerordentliche Generalversammlung der Badischen Lokomotivfabrik, A.-G. genehmigte die vorgelegte Goldanleiheausgabebilanz, das Aktienkapital wird danach im Verhältnis 10 : 1 zusammengelegt.

* Mannheimer Rohproduktenmarkt vom 20. April. Weizen inf. 28.50—29.50, ausl. 28.50—30.50, Roggen inf. 23—28.50, ausl. 23.75—24.25, Braugerste 27—29.50, Futtergerste 19.50 bis 24.25, Hafer ausl. 18.50—20.50, inf. 18.50—22, Weizenmehl Spezialmehl 36—37.75, Weizenbrotmehl mit Sad 27—28.75, Roggenmehl 30—31.50, Hoßgarmehl gef. getrockn., Raffineriemehl gef. getrockn., Bau- und Stroh unverbändert, Weizenkleie mit Sad 12.50—13, Mais mit Sad 10.75—20, Tendenz ruhig.

* Mannheimer Schlachthausmarkt vom 20. April. Aufgetriebene waren: 200 Köpfe zu 61—64, 41—50, 38—42, 28—36, 68 Vullen zu 48—52, 40—44, 500 Kühe und Rinder 52—56, 44—52, 38—44, 36—38, 10—24, 428 Rinder zu 76—80, 70—M, 62—68, 50—60, 40 Schafe zu 30—40, 3029 Schweine zu 62 bis 63, 63—64, 61—63, 59—61, 50—56, Marktberaubt: Großvieh mäßig, geräumt, Küller ruhig, ausverkauft, Schweine ruhig, Ueberstand.

* Weinmarkt in Müllheim. Früher hielt man den gemeinlich jedes Jahr wiederkehrenden Müllheimer Weinmarkt, der sich fast immer eines guten Zuspruchs und einer gewissen Beachtung erfreute, jeweils im Rathausaal ab. Am Freitag — zum erstenmale wieder nach längerer Zeit der Tag eines Weinmarkts — wurde derselbe in der geräumigen Festhalle abgehalten. Neben den Ausstellern waren zahlreiche Interessenten, besonders aus Bielefeld, erschienen, doch war das badische Unterland spärlicher als in den früheren Jahren vertreten. Aus neuen alten Orten in dem ehemals bekannten Weinbaugebiet des Müllheimer Bezirks waren keine zur Probe und zum Verkauf ausgestellt; es waren über 100 Sorten vorhanden, angefangen von den leichteren Weinen des Egenertales bis zu den Edel- und Spitzenweinen des Gebiets von Müllheim, Kaufen und Hoch-Augen. Für 1923er Erzeugnisse wurden pro Hektoliter, entsprechend der Güte, von 40 bis 90 M. aufwärts gefordert. Man kann diese Preise aber für angemessen bezeichnen, als die bei aller Würdigung und Anerkennung der hohen Weine ungenügend übertriebene Forderung von 300 M. für Hocher „Kesselfelder“. Die Hektoliterpreise für die qualitativ hervorragendsten 1923er Weine bewegten sich zwischen 80—130 M. für 1922er zwischen 54—75 M., für 1921er zwischen 35—140 M. Wie man vernimmt soll der Umsatz etwa 250 Hektoliter betragen, im Durchschnitt hielten sich aber die bezahlten Preise etwas unter den Forderungen der Verkäufer.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesbühnen: „Violetta“ (La Traviata). 7½—10 Uhr.
Kaffee Odeon: Täglich Künstlerkonzert.
Reichens-Viertel: „Der Chronik von Grissuus“. „Zeit der Rater“.
Koloßum: Zauberschaubühne. 8 Uhr.
Palast-Viertel: „Die Liebe ist der Frauen Macht“.
Uniontheater Mühlburg: „Said“.
Erschließung-Künstlerpiele: Jeden Abend 10 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in seinem Stil.
Kaffee Bauer: Jeden Abend Künstlerkonzert.
Uniontheater: „Geheite Menschen“.

Standesbuchausgabe der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle. Karoline Bender, 79 Jahre alt, Witwe von Georg Bender, Bernheimer, Hofa Regale, 25 Jahre alt, Ehefrau von Franz Regale, Finanzbeamter. Margarete Radner, 1 Tag alt, Vater Max Radner, Kaufmann. Rosa Reinhold, 41 Jahre alt, Ehefrau von Otto Reinhold, Werkmüller.

W. Boländer.
Biele's Knaben-Anzüge und Sweaters
Strumpfwaren, Tricotagen, Herren-Strick in unserem Anzeigebuch
Karlsruherstr. 113

Kleine badische Chronik

Untergraben. Am Montag abend gerieten zwei junge Leute in der Dunkelheit vom Wege ab und stürzten in einen Steinbruch. Dabei gogen sie sich schwere Verletzungen zu.

Merbach bei Ettlingen. Diese Woche wurde hier ein Landwirt verhaftet unter dem Verdacht der Blutschande an seiner 15jährigen Stiefhochzeit.

Wannheim. Freitag nachmittag hatte sich die Verlobte eines dortigen in Urlaub befindlichen Angehörigen der Bereitschaftspolizei in einem Zimmer der Bereitschaftspolizei erschossen. Mehrere Gründe des Selbstmordes ist noch nicht bekannt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Rehingen (Kaiserstuhl). Der Küstermeister Ambros gilt als er mit seiner Axtschade auf der Schulter über den Mühlkanal sprang infolge des schlüpfrigen Weges aus, stürzte in den Kanal und ertrank.

Willingen. Das badische Staatsministerium hat den Beschluss des Bürgerausschusses bezüglich der Einziehung Willingens in die Klasse der Städte die Zustimmung erteilt.

Mühlheim. Hier verstarb ein 15jähriges Mädchen mit Scharlach zu vergiften, weil es am Morgen wegen einiger Beschwerden keine Stellung gefunden erhielt und es als Halbwaife fürchtete, unter Fürsorgeverpflichtung zu werden. In schwerem Zustand wurde das Mädchen hinter der Scheune aufgefunden. Es wurde nach dem Krankenhaus in Mühlheim gebracht. Lebensgefahr soll nicht mehr bestehen.

Orschweiler bei Eichenheim. Die von der Station Orschweiler an der Saupfahle Karlsruher-Basel nach Eichenheim in die Taler des Hünerebels führende Kleinbahn nach Eichenheimunter soll nunmehr weiter bis Mühlheim geführt werden. Für diese Strecke stellt die Eisenbahngesellschaft das Schienenmaterial und die Schwellen, während die übrigen Kosten in Höhe von etwa 50 000 M von den beiden Gemeinden Eichenheimunter und Mühlheim getragen werden. Der Preis gibt zu den Bahnbautkosten einen Aufschlag von 10 000 M.

Konstanz. Im Eisenbahnzuge zwischen Friedrichsdorf und Mimmenshausen wurde von Friedrichsdorfer Kriminalbeamten Rechtskonsulent Karl Vogel in Konstanz verhaftet wegen Verdachts des Betrugs und Unterschlagung von über 2000 Mark in das Amtsgefängnis nach Tettnang in Untersuchungshaft eingeliefert.

Konstanz. Auf der Insel Reichenau hat sich am letzten Sonntag ein Ehepaar, das dort zur Kur weilt, vergiftet. Die Frau brachte sich aufsehend noch einen Schuss in die Schläfe bei. Es ist noch nicht bekannt, was die beiden in den Tod getrieben hat.

Wiesloch bei Ettlingen. Man schreibt uns: Ueberall und schnell hat der Sonnenschein der letzten Tage die Blütenknospen zur Entfaltung gebracht. Allenfalls leuchtet es in allen Farben. Wohin das Auge sich wendet: Der Frühling hat seine Blüten erhalten. Jetzt ist Ettlingen im Schmelz seiner Blütenpracht; jetzt so seine Pfirsiche blühen und sein Nattberg ansteigt, als wären Rabinen über ein Spinnwebgewebe gezogen. Der solch farbenprächtige Bild je geschaut, wird es nie vergehen und immer wieder kommen, diese Augenweide zu genießen. Drum auf nach Ettlingen zur Wieslochzeit! Denen, die von Karlsruhe durch den Wald zu Fuß hierher kommen, müssen wir den guten Rat erteilen, den Weg am Vogelhang vorüber, über das Wiesloch (Wasserreservoir) durch den Heberg bis zum Waldrand des Nattberges im Abstand einzuschlagen, weil sich hier die ganze großartige Schönheit und Pracht voll erschließt.

Gemeindepolitik

Aus dem Gemeinderat Oberkirch.

Umbau des Waldweges im „Teufelsloch“ nach dem Angelpfle. Auf das Ausschreiben sind 7 Angebote eingegangen. Das höchste Angebot für die ganze Wegstrecke mit 1184 Meter lautete auf 24 256,50 Mark, das niederste Angebot auf 12 266,55 Mark. Da die Stadtgemeinde jetzt diese hohe Ausgabe nicht machen kann, beschließt der Gemeinderat zunächst 1/2 mit 518 Meter zur Ausführung bringen zu lassen. Für diesen Weg hat Josef Braun, Ambros Sohn, in Wülfertal das niederste Angebot mit 6 127,15 Mark eingereicht, gegenüber dem höchsten Angebot mit 12 730,50 Mark. Da der Unternehmer Braun in Wülfertal als leistungsfähig bekannt ist, wird diesem der Umbau der Wegstrecke des Nr. 1 übertragen, vorbehaltlich betragsmäßiger Vereinbarung. Die Mittel sind teilweise bereits mit dem Voranschlag für 1924/25 genehmigt. Die restlichen Mittel werden durch den Verkauf des Bagatillengutes gemittelt. Nachdem die verlängerte Auenkammerstraße hergestellt ist, bleibt ein kleiner Geländestreifen mit ca. 68 qm vor dem Garten der Frau Leopold Witwe übrig, der nicht für den Straßentempel benötigt wird. Frau Leopold Witwe hat den Antrag gestellt, ihr diesen Geländestreifen abzutreten zwecks Vergrößerung ihres Gartens. Die Stadtgemeinde an dieser Stelle einen besonderen Wert hat. Als Preis wird der Betrag von 2 Mark für den am festgesetzt, gleicher Preis den die Stadt für das gegenüberliegende Baugelände verlangt hat. Nach dem nunmehr über 200 Teilnehmer hier an der Fernsprechleitung angeschlossen sind, ist die Einrichtung des Nachbarnschlusses im Fernsprechnetz möglich. Der Antrag auf Einrichtung muß von der Gemeinde gestellt werden, wenn sich die Teilnehmer verpflichten, die entstehenden Kosten, die vorerst im Betrage 6,90 Mark je Teilnehmer betragen (je verringert sich, sobald weitere Teilnehmer sich melden) zu übernehmen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, daß der Nachbarnschluß im Fernsprechnetz eingerichtet werden sollte. Es wird beabsichtigt in den nächsten Tagen eine Anfrage an die Teilnehmer geschickt und wird gebeten, diese so rasch wie möglich zu beantworten. Die Einrichtung des Nachbarnschlusses erscheint auch im allgemeinen öffentlichen Interesse (Unfall-, Feuermeldung usw.) erwünscht. Die für die Betriebsleiterstelle im Fernsprechnetz einzulohnenden über 300 Gehalt werden geachtet und eine engere Wahl getroffen. Einige Vorschläge werden besprochen und beantwortend dem Vermerkamt weitergegeben.

Seibelberg. Der Verband Badischer Gemeinden wird vom 7.-8. Juni seine Hauptversammlung in Seibelberg abhalten. Es werden etwa 1000 Teilnehmer erwartet. Ungefähr um die gleiche Zeit hält der Verband Badischer Amtmänner seine Tagung in Seibelberg ab, die mit einer Ausstellung verbunden sein wird. Für beide Veranstaltungen findet am 8. Juni die erste Schilbelerung statt.

Kleine Nachrichten

Ludwigshafen. Am benachbarten Neuhofen fand man die 28 Jahre alte Ehefrau des arbeitslosen Tagelöhners Wehl in ihrem Bette ermorde. Der Mann war mit einer Hosenkappe versehen, die er über den Kopf gezogen hatte. Die Leiche wurde durch die Polizei gefunden und mit einem Strick der Hals zugemacht. Als Mörder der Frau wurde deren 28 Jahre alter Ehemann in Mannheim festgenommen, der die Tat unumwunden eingestand. Er gab an, seine Frau im Verlaufe von Streitigkeiten erschossen zu haben.

Zweibrücken. Hier wurde der 31 Jahre alte Kaufmann Hans Reibold von Mannheim verhaftet. Als Schatzmeister

der Mannheimer Jugendgruppe des Bismarckbundes ließ er sich Unterhaltungen in Höhe von 800 M aufkaufen kommen. Berlin. Der frühere Professor bei der Staatsanwaltschaft, der wegen umfangreicher Kreditbetrügereien angeklagt war, wurde wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Saarbrücken. Im Gefängnis von Saarbrücken ist der ehemalige Polizeimajor Dörffert, der wegen zahlreicher Amtsverbrechen im Polizeidienst des Saargebietes zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, gestorben.

Reiffe. In einer Sandgrube am Wege zwischen Giersdorf und Verendorf, Kreis Reiffe, wurde die 31jährige bewohnte Arbeiterin Maria Scheiber aus Verendorf von dem 21 Jahre alten Arbeitsburschen Josef Buchmann anscheinend aus Eifersucht ermordet.

Remel. Auf der Chaussee nach Grottingen kurz vor Remel wurde ein Automobil, in dem sich der Direktor der Remel-Bühnenbauern Genossenschaft, Konzins, seine Frau und eine andere Dame befanden, von zwei Beamten der lithauischen Staatspolizei, die auf ein Sprengstoffautomobil saßen, beschossen. Durch die Schüsse wurde der Chauffeur getötet und Frau Konzins so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Londen. In Europa sind nunmehr 6 weitere deutsche Schiffe und Zerstörer verloren. Ein Schiff lag auf der Seite und mußte auf dem Meeresboden erst gerade gerichtet werden. Die Bergung dauerte 6 Tage.

Londen. In Schottland bei Greenock in Schottland brach infolge der starken Regenfälle der Damm eines Staubeckens und geriet ein Haus. Der untere Teil des Dammes wurde überflutet. Wenigstens 4 Personen sind ertrunken.

New York. Nach dem Status vom 1. Januar 1925 beträgt die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten 114 311 000, das ist eine Zunahme im Jahre 1924 um 1 627 000. Die Zunahme durch den Geburtenüberschuss ist viermal so groß, als die Zunahme durch Einwanderer, welche 315 000 beträgt.

Marx und Hindenburg

Herr Hindenburg durfte und konnte am vorgestrigen Sonntag mit Not und Mühe eine von dem Reaktionsärztl. V. Loebel verfasste Rede ablesen. Dann war der alte Herr so erschöpft, daß er sich wieder zur Ruhe begeben mußte.

Herr Dr. Marx, der Volksblockkandidat, hat am gleichen Tage in sieben Wahlversammlungen gesprochen. Das konnte der 73jährige Hindenburg nicht mehr leisten; er kann aber ebenjedenfalls dem schwereren Amte des Reichspräsidenten vorstehen.

Er ist müde und alt. Das Gesetz der Natur tritt in Erscheinung.

Deutschland kann aber keinen alten und müden Mann an seiner Spitze gebrauchen. Auch für das Amt des Reichspräsidenten gilt erst recht das bekannte Wort: „Nur die Arbeit kann uns retten!“

Herr v. Hindenburg kann Arbeit nicht mehr leisten. Daß Herr Dr. Marx das noch kann, das hat er in diesen Tagen erneut in imponierender Weise gezeigt. Dem schwachen Geist gebührt die Ruhe. Zum die Führung des Staatsschiffes anzuvertrauen, ist ein Verbrechen gegen Volk und Vaterland.

Die Machthaber des Reichsblokes haben allerdings im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte Verbrechen auf Verbrechen gegen das deutsche Volk gehäuft. Sie scheuen auch vor den schlimmsten Wiederholungen nicht zurück.

Das souveräne deutsche Volk muß jetzt gründlich Remedur schaffen.

Nieder mit dem Militaristen und Monarchisten Hindenburg!

Nieder mit den deutschen Reaktionsären!

Nieder mit den Todfeinden der Demokratie und der Republik!

Nieder mit den Sozialreaktionären!

Deutsches Volk! Der 26. April ist ein Schicksalstag! Wende ihn zu Deinen Gunsten!

Wird der 26. April zum Siegestag für die Republik und für die Demokratie, wird an diesem Tage die deutsche Reaktion aufs Haupt geschlagen, erleiden Monarchisten und Militaristen, die Sozialreaktionäre und die schwarzweißen Reiter die tausendfache verdiente Niederlage, dann wird endlich der Weg frei zur wirklichen Besserung der heute so beklagenswerten wirtschaftlichen und politischen Situation Deutschlands.

An der Niederlage Hindenburgs, geboren aus republikanischer Welt, kann in der Tat nicht nur Deutschland, sondern Europa gemen.

Letzte Nachrichten

Hindenburg und das Ausland

Die bürgerliche schwarz-weiße Presse, besonders auch die „Badische Post“, verjagt, den Wählern vorzugaukeln, sowohl in England wie in Frankreich und in Amerika habe die am Sonntag von Hindenburg in Hannover abgelesene Rede einen günstigen Eindruck gemacht. Einzelne nationalistische Blätter des Auslandes, die giers darauf lauern, daß Deutschland abermals sich in eine Abenteuerpolitik fängt, damit man es vollends niederlagen kann, mögen Hindenburgs Wahl fördern, alle anderen dagegen nicht. Wir lassen die nachstehend wiedergegebenen Pressestimmen folgen:

WTB. Paris, 20. April. Zur Reichspräsidentenwahl schreibt der „Temps“: Die Rede, die Hindenburg gestern in Hannover gehalten hat, ist charakteristisch, denn der Kandidat der Rechten hat sich bemüht, als Mann der Einigung aller Deutschen sich vorzustellen, während doch die Bedingungen, unter denen er an die Stelle Jares treten will, beweisen, daß er der Champion der schärfsten Reaktionsäre ist. „Journal des Debats“ findet, daß die Campaigne für die Reichspräsidentenwahl die entscheidende Aufklärung über die deutsche Politik bringe. Hindenburg spiele sich als friedfertiger Mann auf, der die Verfassung von Weimar respektiere und der entschlossen sei, den Eid zu halten, den er, wenn er gewählt würde, der Republik leisten müsse. Er hüte sich aber, auf Einzelheiten seines Programms einzugehen. Der gemäßigten Marx entwidelt im Gegensatz zu Hindenburg ein weitgehendes Programm, auf das man die Aufmerksamkeit der Welt lenken müsse.

WTB. London, 20. April. Zu Hindenburgs gestriger Erklärung schreibt das liberale „Star“: Hindenburg habe niemals bestritten, daß er Monarchist ist und das ist die Gefahr seiner Kandidatur. Die deutschen Wähler werden als Projekt gegen den Versailles Vertrag und die Besetzung des Ruhrgebiets für ihn stimmen, aber die Wirkung seiner Wahl auf

Europa würde verhängnisvoll sein. Wir begreifen, daß das deutsche Volk einen fremden Rat, der wie ein Diktat erscheint, nicht annimmt, aber wir möchten ihm im Interesse der Demokratie und des Friedens eindringlich vorstellen, daß die Wahl des Marzalls Hindenburg ein verhängnisvoller Schritt sein würde. „Evening Standard“ erklärt, eine Wahl Hindenburgs werde sich in Deutschlands eigenem Interesse als Fehler erweisen. Erkläre sich das deutsche Volk für die Republik, so werde das republikanische Regime mehr Vertrauen genießen und besser imstande sein, Deutschland eine starke und feste Regierung zu geben, deren es bedarf, erkläre es sich für Hindenburg, so würden auswärtige Bemühungen eintreten.

Reichspostminister a. D. Höfle

Berlin, 20. April. (Drath.) Heute nachmittag 4 Uhr starb im Hedwigkrankenhaus der ehemalige Reichspostminister Dr. Höfle, der gegen 11 Uhr bemußt eingeliefert worden war. Als Todesursache wurde festgestellt doppelte Lungenentzündung und sehr große Herzschwäche.

Wie bekannt, wurde Höfle seiner Zeit im Zusammenhang mit der Paratastafäre in Untersuchungshaft genommen und gegen ihn das Verfahren wegen passiver Bestechung eingeleitet. Die Frage, ob Höfle schuldig oder unschuldig ist, muß noch als offenkundig betrachtet werden bis der ganze Komplex der Finanzschiebungen aufgearbeitet ist. Nach dem „Berl. Kolonialanzeiger“ hat er wiederholt versichert, daß sein Gewissen rein sei und daß er seine Handlungswerte vor Gott und den Menschen verantworten könne. Es scheint auch in der Tat, daß zum mindesten ein Teil der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen durch die bisherige Untersuchung schon entkräftet worden ist.

Die „Germania“ betont: Höfle hat auf dem Sterbebette seine Unschuld bezeugt, und wer den Verstorbenen näher gekannt hat, wird höchstens zugeben, daß Höfle vielleicht einige Unvorsichtigkeiten und Unflugkeiten begangen hat, aber er wird energisch bestritten, daß der Verstorbenen eines gemeinen Verbrechen schuldig war. In der „Post-Zeitung“ heißt es: Aus dem ganzen Verlauf des Untersuchungsverfahrens mußte man immer mehr die Ueberzeugung gewinnen, daß die gegen den früheren Reichspostminister Höfle erhobenen Vorwürfe zum größten Teil nicht aufrecht zu erhalten waren, daß man Dr. Höfle zwar Leichtgläubigkeit, aber nicht Amtsnutzbrauch vorwerfen kann.

Desungeachtet hat Höfle unter der gegen ihn erhobenen Beschuldigung schwer gelitten, der er schließlich zum Opfer fiel.

Höfle hat in seiner Partei verhältnismäßig schnell Karriere gemacht. Er wurde am 10. Oktober 1882 in Herberich (Rheinland) geboren und studierte in Bonn und Erlangen Rechts- und Naturwissenschaften. Nach Abschluß seiner Studien war er an der Handelskammer München als Hilfsarbeiter tätig, ging dann aber 1907 als Deputierter in die Zentralfractions des Volksvereins für das katholische Deutschland nach Glatbach, wo er bis 1914 tätig war. Von 1914-1919 war er dann Direktor des Deutschen Lehrerverbandes und später des Deutschen Beamtenbundes. Seit 1921 ist er als Angehöriger der Zentrumsfractions Mitglied des Reichstages für Westfalen-Nord. 1923 wurde er Reichspostminister.

Austritt aus der K. P. D.

Dem „Vorwärts“ zufolge hat der kommunistische Abgeordnete des preussischen Landtags Gehmann aus Ostpreußen seinen Austritt aus der kommunistischen Landtagsfraktion und gleichzeitig aus der kommunistischen Partei vollzogen.

Verleidyungsprozess Crone

Berlin, 20. April. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts begann heute früh die Verurteilungsverhandlung gegen den Landgerichtsdirektor Crone. Als Nebenkläger waren Landgerichtsdirektor Bewersdorff und Landgerichtsrat Dr. Schulze anwesend. Das Hauptverfahren war gegen Crone wegen Verleidyung eröffnet worden, begangen in einem Artikel, den Crone als Vorsitzender des Republikanischen Richterbundes in der „Völkischen Zeitung“ über die Urteilsbegründung des Magdeburger Schöffengerichts in der Klage gegen Rothardt wegen Verleidyung des Reichspräsidenten eröffnet hatte. Das Schöffengericht hatte Crone wegen Verleidyung zu 3000 M Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Crone hatte das Urteil angefochten. Nach fast 1 1/2-jähriger Beratung verurteilte der Vorsitzende den Beschluß der Strafkammer, daß das Urteil der ersten Instanz eventuell dem Angeklagten Schaden bringen könne, wenn es in der vorliegenden Form weiterbesteht. Deshalb habe das Gericht zugunsten des Angeklagten entschieden und beschlossen, die Sache an die erste Instanz zurückzuverweisen. Damit wird der Prozess gegen Crone noch einmal vor dem Amtsgericht aufgerollt werden müssen.

Der Södenmaschinen-Attentäter ermittelt und erschossen

Sofia, 20. April. Der Polizei gelang es, den Aufenthaltsort Minkoff, der die Södenmaschine in der Kaiserbrücke untergebracht hatte, aufzufinden zu machen. Da er bei seiner Festnahme Widerstand leistete, wurde er erschossen. Wie weiter bekannt wird, war der Verwundet Minkoff Führer der Abteilung für Attentatsvorbereitungen, die zum kommunistischen Geheimkomitee gehörte. Er war ferner der Verfasser von Anweisungen, über die Handhabung von Sprengstoffen, die heimlich an Terroristen verteilt wurden und kürzlich von der Polizei aufgefunden worden waren.

Die Präsidentenwahl in der französischen Kammer

Herriot nimmt die Kandidatur an

Paris, 18. April. (Eig. Bericht.) Der frühere Ministerpräsident Herriot hat die ihm angebotene Kandidatur der Linken für die Präsidentschaft der Kammer angenommen, nachdem eine Delegation, zusammengesetzt aus Vertretern der sozialistischen, der radikalsozialistischen und republikanisch-sozialistischen Fraktionen erneut bei ihm vorstellig geworden war. Die Tatsache, daß die Gruppe der radikalen Linken sich dieser Gemeinschaft nicht anschloß, hat in den politischen Kreisen zu mannigfachen Kommentaren Anlaß gegeben. Man bringt sie in Verbindung mit der Weigerung Louchers, in das Kabinett Painlevé einzutreten. Da andererseits nicht weniger als drei Mitglieder der Gruppe dem neuen Ministerium angehören, kann die parlamentarische Unterbindung kaum als zweifelhaft gelten. Auch bei der Wahl des neuen Präsidenten der Kammer, die bereits für Mittwoch angesetzt ist, dürfte zum mindesten der größte Teil der Fraktion für Herriot eintreten. Als Gegenkandidat der Rechten wird wiederum der Abgeordnete Raoul Perret, der ehemalige Kammerpräsident des Nationalen Volksrats, genannt; seine Aussichten, gewählt zu werden, sind gleich Null.

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

DS
Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark
FILIALE KARLSRUHE (Baden)
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte



Wir empfehlen uns für die Eröffnung von Depositionskonten bei günstiger Verzinsung.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositionskasse am Bahnhofplatz u. Niederlassung in Mühlburg



BADISCHE BANK

Mannheim Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Erste Karlsruher Leiternfabrik
R. Raible, Karlsruhe I. B.
Bismarckstrasse 33
Gegr. 1892 Tel. 5842
Herstellung von Leitern für Industrie, Gewerbe u. Haushalt. — Holzwaren, Wäschetrockner, Fenstertritte usw.



Bankhaus Straus & Co.

Karlsruhe

Kaufen Sie nur die

Aeska-Karamellen

Adolf Speck A.-G. Zuckerwarenfabrik

Bankhaus Veit L. Homburger

11 Karlstrasse 11 KARLSRUHE 11 Karlstrasse 11

Nur für Wiederverkäufer **Deutsche Bekleidungs-Industrie** G. m. b. H.

Karlsruhe Ettlingerstrasse 12 (am Hauptbahnhof) Karlsruhe
Abteilung I Abteilung II
Sport- und Arbeiter-Konfektion Damen- und Herrenwäsche
Beste Verarbeitung — Billige Preise. — Lagerbesuch lohnend.

Lederfabrik Durlach
HERRMANN & ETTLINGER

G. m. b. H.
Schuhoberleder, Handschuhleder, Bekleidungsleder, Portefeuilleder

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe, Kaiserstrasse 148, gegenüber der Hauptpost.
Depositionskasse „Markt“ Wechselstube am Marktplatz (im Hotel Grosse)
Depositionskasse „Werderplatz“ / Wechselstube im Hauptbahnhof

Dampf-Rosshaarspinnerei
Carlo Pacchetti & Co.
Karlsruhe G. m. b. H. Tel. 1740

Prima neue eichene **Weintransportfässer u. Lagerfässer**
liefert zu billigsten Preisen

Fassfabrik Louis L. Stern & Co., Karlsruhe

Telegramm-Adresse: Faßstern.

Telefon: 126 und 310

Fahrschule für Kraftfahrzeuge
CHR. DALHOFER
Karlsruhe, Degenfeldstr. 7-9
Telefon 5677

IN KARLSRUHE
Am
Mühlburger Tor
— FERNSPRECHER NR. 4235 —



IN KARLSRUHE
Am
Mühlburger Tor
— FERNSPRECHER NR. 4235 —

Sinner-Fabrikate sind von unübertrefflicher Qualität!

Biere
Liköre u. Edelbranntweine
Presshefe
Weizen- und Roggenmehle
Backpulver
Edel-Pudding
Eispulver
Vanillinzucker
„Sinn“ u. „Sinnke“ Pulver
Haferkacao
Haferflocken
Hafermehl
Malzkaffee
Konfitüren- u. Obstkonserven
Gelees und ff. Marmeladen
Speisenwürze

SINNER A. G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Karlsruhe 1924 Staatspreis und Goldene Medaille (Höchste Auszeichnung)



Großes Sonder-Angebot in HAUSHALT-ARTIKELN

Verkauf Dienstag, den 21. April bis Samstag, den 25. April

Steingut	Porzellan	Emaille	Glaswaren
Teller tief oder flach, weiß . . . 0.18	Teller tief oder flach, weiß . . . 0.30	Fleischtöpfe grau, 1.95 1.05 1.35	Weingläser 1/2 Crystall . . . 0.45
Tassen weiß 0.15	Dessertteller weiß 0.20	Ringtöpfe grau 2.65 2.15 1.75	Henkelgläser 1/2 Ltr., glatt . . . 0.45
Gemüseschüssel groß 0.90 0.75	Kaffeekannen für 12 Pers. 1.45	Milchtöpfe mit Ausguß, dekoriert 0.85 0.65	Faßformbecher 1/4 Ltr. 0.20
Kartoffelschüssel tief, gr. 1.10 0.85	Teekannen dekoriert, groß 1.10	Console mit Schöpfer 1.10	Weinflaschen 1 Ltr. 1/2 Ltr. 1/4 Ltr. (glatt) 0.65 0.45 0.32
Suppenschüssel mit Henkel 1.45	Milchgießer weiß 0.60	S. S. S. Garnitur 2.50	Bierbecher 1/2 Ltr., hoch 0.35
Fleischplatten 34 cm lang 0.95	Suppenterrinen m. Deck. 3.75	Eimer grau, 28 cm hoch 1.45	Likörgläser 0.12
Milchtöpfe 1 1/2 Liter 1 Liter (weiß) 0.95 0.75	Ragoutschüssel m. Deckel 2.25	Wannen oval, verz. 10.50 9.25 6.50	Wasserflasche mit Glas 0.55
Satzschüssel weiß, 5 Stück 1.10	Kartoffelschüssel mit Henkel 0.95	Waschtöpfe verz. 6.40 5.65 5.10	Compott-Schüssel 1.95
	Gemüseplatten 32 cm lang 1.25	Eimer verzinkt 2.10 1.75 1.60	Compotteller 0.10
Waschgarnituren aparte Dekore Serie I II III IV 4.75 5.50 7.25 9.75	Kaffeeflässe m. Dekor 9 teilig 4.75	Fleischtöpfe Alumin. Satz 5 St. 12.75	Kaffeelöffel 20 gr Silber-schraub. 2 Stück 0.60
Tonnengarnit. 15 teilig 10.75	Kaffeeflässe m. Dekor 12 teilig 7.50	Essenträger Aluminium 1.30 0.95	Mokkalöffel 20 gr Silber-schraub. 0.50 0.25
Tonnengarnit. 22 teilig 17.75	Tafelservice m. Dekor 23 teilig 26.00	Omlettplanen Alumin. 1.30 0.95	Eßlöffel oder Gabel Alpacca . . . 1.20 0.85
	Tafelservice m. Dekor 45 teilig 69.00	Milchtöpfe Aluminium 1.20 0.95 0.75	Kaffeelöffel Alpacca 0.70 0.55
Holzwaren	Bürstenwaren	Blechwaren	Wirtschaftsartikel
Kochlöffelgarnitur 2.50 1.95	Abseifbürsten 0.30	Brotkasten mit Delft-Dekor □ Form . . . 2.95	Küchenwagen m. Regulier. schraub. 2.75
Waschbretter 1.45	Schrubber 0.50	Brotkörbe lackiert 1.35 0.95	Fleischmaschine email. 5.95
Besteckkasten 1.05 0.95	Cocosbesen 0.95 0.75	Zwiebelkasten lack. 0.85 0.65	Kaffeemöhlen prima Werk 2.40 2.25
Kartoffelstampfer Ahorn 0.48	Cocoshandbesen 0.55	S. S. S. Garnitur lack. Delft 1.75	Wandkaffeemöhlen mit Stielguthalter 5.75 4.75
Fleischklopper Ahorn . . . 0.58	Rohrklopper stark 0.75 0.50	Kaffee-o. Zuck. Büchse Delft, 1 Pfd. 0.75	Messerputzmaschine mit Schleifstein Alexanderwerk 4.75 3.75
Spatzenbretter 0.38	Federwedel 0.90 0.65	Zuckerdose Stück 0.50	

In unserer Confitürenabteilung **Pralinen** Pfund (offen) Mk. 1.10

KNOPF

In unserem Erfrischungsraum täglich **frisches Eis**

Pfannkuch

Wurstwaren

Thüringer Salami 1/2 Pfund 70 Wfr. 2 60 Wfr.

Feinste Mettwurst in Euben 1 Pfund 1 50 Wfr.

Schinkenjeck 1/4 Pfund 60 Wfr. 2 20 Wfr.

Bayrische Bierwurst 1/4 Pfund 50 Wfr. 1 90 Wfr.

Feinste Rotwurst mit Speckwürfel 1 Pfund 1 20 Wfr.

Pfannkuch

Das ganze Jahr hindurch Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. 2188

Verkauf von Puppen und Puppenartikeln.

Erste Karlsruher Puppen-Klinik **H. BIELER** 223 Kaiserstraße 223 zw. Douglas- u. Hirschstr.

Fahrräder Gute Marken mit 1 Jahr Garantie, bei nur **25 Mark Anzahlung**, Rest in Raten im **Fahrradhaus KAIER, Mühlburg** Marktgrafenstraße 22, Rheinstr. 59, neben Strass-Druckerei.

Schulstiefel, Knaben-Anzüge, Schultragen preiswert bei **Levy** Marktgrafenstraße 22.

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr, Sonntags 4 und 8 Uhr

Zauberschau Kassner.

Eintracht.

Morgen Mittwoch, 22. April, 8 Uhr

Lichtbildvortrag Dr. Carl Höcker Der Sinn der 2639

Horoskopie

Einführung in die Grundgesetze der mod. Astrologie an Hand von aktuellen Horoskopen interessanter Persönlichkeiten.

Das Horoskop der deutschen Republik! Deutschlands nächste Zukunft! Die 12 astralen Menschentypen! Eine neue Charakter- und Seelenkunde!

Karten zu Mk. 3.-, 2.- und 1.- bei **Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.**

Kaufen Sie Ihre

Schirme u. Stöcke allein bei Weins

Schirm-Fabrik Wih. Kretschmar Nachf. Andr. Weinig jr.

Jetzt: **Karl-Friedrichstr. 21, am Rondellplatz**

Jegliche Art Schirm-Reparaturen schnell und billig.

Wenn's regnet - Gummi Mäntel für Damen Herren Kinder

Wasserdicht! Wetterfest!

Abzahlung innerhalb **6 Monaten**

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft. Karlsruhe, Kronenstraße 40, Ecke Marktgrafenstraße

la Oberhemden in modernen Streifen

Percal von Mark **4.85** an

Zefir von Mark **6.30** an

Kragen moderne Form von Mark **0.40** an

Wäscherei u. Waschefabrik SCHORPP

Vorteilhafte Preise, da Verkauf direkt aus meiner Fabrikation.

Verkaufsstellen: KARLSRUHE: Bernhardtstr. 8, Kaiserstr. 34 u. 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Wilhelmstr. 32, Augustastr. 13, Schillerstr. 18, Kaiserallee 37, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstr. 18. DURLACH: Hauptstraße 61, BRUCHSAL: Schloßstr. 3, RASTATT: Poststr. 6.

In 30 Minuten Ihr Paßbild im Photogr. Atelier Raiterstr. 50, Eing. Adlerstr.

Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Kukirolen Sie!

Nehmen Sie heute noch ein Kukirol-Fußbad. Sie werden danach eine angenehme Wärme in den Füßen verspüren, aber keinerlei Brennen. Es kräftigt Nerven, Sehnen und Gelenke und die Schmerzen werden schon bedeutend nachlassen. Am nächsten Morgen belegen Sie die schmerzende Hornhaut und die Hühneraugen mit dem millionenfach bewährten Kukirol-Hühneraugen-Pflaster laut mitfolgender Gebrauchsanweisung und pudern dann Ihre Füße mit Kukirol-Streupuder ein. Letzteres wiederholen Sie jeden Morgen. Auch in die Strümpfe und Schuhe müssen Sie jeden Morgen etwas Kukirol-Streupuder hineinstreuen, denn der Schweiß zerfrisst Strümpfe und Schuhe. In einigen Tagen werden sich Hühneraugen und harte Haut ablösen. Wenn Sie dann regelmäßig das Kukirol-Fußbad und den Kukirol-Streupuder gebrauchen, so werden Sie nicht mehr über Fußschmerzen zu klagen haben. Hilfen Sie sich aber vor unbekanntem Präparaten, besonien vor solchen, deren küdere Aufmachung darauf berechnet ist, Verwechselungen herbeizuführen. Kaufen Sie nicht irgend ein „oi“, sondern achten Sie auf den Namen „Kukirol“ (sprich Kuh-kie-rol) und auf die Schutzmarke „Hühnerkopf mit Fuß“. Eine vollständige Kukirolkur, also alle drei Präparate zusammen, bekommen Sie jetzt in einer besonderen Packung für nur 2 Mark in jeder Apotheke oder Fachdrogerie. Wenn Sie sich genau an diese Verordnung halten, so werden Sie nicht wieder nachziehen brauchen.

Verlangen Sie noch heute unser neues, wichtiges Büchlein, betitelt „Kukirolen Sie“. Dieses gibt Ihnen wichtige Anleitungen über die Notwendigkeit der Fußpflege und enthält u. a. auch einige Photographien unserer Fabrik.

Kukirol-Fabrik, Groß-Salze (Bad Elmen).